

Wöchentlich 65 Bl. monatlich 2,50 M.  
Im Voraus zahlbar. Postbezug 4,25 M.  
einschließlich 50 Bl. Volkstums- und  
72 Bl. Postbestellgebühren. Auslands-  
abonnentent 6.- M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-  
lich zweimal, Sonntags und Montags  
einmal, die Nebenausgaben für Berlin  
und im Handel mit dem Titel „Der  
Abend“, illustrierte Beilagen „Wort  
und Bild“ und „Kinderfreund“. Ferner  
„Unterhaltung und Wissen“, „Braun-  
schweiger“, „Lohn“, „Bild in die  
Wirkwelt“ und „Jugend-Vorwärts“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einseitige Konvertierung  
des 60 Pfennig. Kassencheque & Reichs-  
mark. „Kleine Anzeigen“ des abge-  
druckten Wort 25 Pfennig (gültig zwei  
Wochen) jedes weitere Wort  
12 Pfennig. Stellengelüste das erste  
Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort  
10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben  
zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt  
Jahres 60 Pfennig. Familienanzeigen für  
Abonnenten Jahrs 40 Pfennig. Anzeigen-  
annahme im Hauptgeschäftshaus  
Trotze 2. wochentl. von 9 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Föhnpost 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postbescheid: Berlin 37 636 - Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten  
und Beamten Wallstr. 63. Diskonto-Gesellschaft, Depotkassette Lindenstr. 2

## Sowjet-Rußland warnt Persien.

### Unabhängigkeit Afghanistans unantastbar!

Moskau, 16. April. (Amtlich.)

Im Hinblick auf gewisse Umstände, die auf eine be-  
unruhigende Lage der persisch-afghanischen  
Grenze hindeuten, empfing Karachan den persi-  
schen Botschafter Ansari. Er machte ihn darauf  
aufmerksam, daß die Sowjetregierung gegenüber Ver-  
suchen, die Unantastbarkeit Afghanistans zu  
verlehen, nicht gleichgültig bleiben könne und sich  
an die persische Regierung wenden werde, damit sie  
Maßnahmen gegen die Pläne verantwortungsloser  
Kreise in Persien treffe.

An die Sowjetbotschaft in Teheran sei ferner die  
Weisung ergangen, die gleichen Vorstellungen bei der  
persischen Regierung zu erheben.

## Um Deutschlands Zahlungsfähigkeit.

### Kurzes deutsches Memorandum wird heute überreicht.

Paris, 16. April. (Eigenbericht.)

Die Pariser Sachverständigenkonferenz hat  
am Dienstag zwei Vollsitzen abgehalten.

Man beschäftigte sich vor allem mit der Frage, ob die  
alliierten Forderungen auch wirklich für Deutschland

tragbar seien und versiel dabei wieder in die alte  
Debatte über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands  
zurück, die schon die ersten Wochen der Konferenz aus-  
gefüllt hatte. Viel Neues wurde dabei nicht zutage  
gefördert. Zimmerlin spitzte sich die Debatte zu dem Be-  
schluß zu, daß nun auch die

### deutsche Delegation ihrerseits ein Memorandum

vorlegen soll. Dieses Memorandum, das bereits für die  
Vollsitzung am Mittwoch fertiggestellt sein soll, dürfte  
eine kurze, schlaglichtartige Darstellung der  
Wirtschaftslage in Deutschland bringen. Gleichzeitig soll  
es aber auch zum erstenmal Zahlen erwähnen, die  
etwa den Rahmen der deutschen Zahlungsfähigkeit  
skizzieren. Es handelt sich dabei keineswegs um einen  
deutschen Gegenvorschlag auf das alliierte Memo-  
randum. Das deutsche Schriftstück, das möglichst kurz  
gehalten werden und vielleicht nur zwei Seiten umfassen  
soll, dürfte vielmehr den schriftlichen Niederschlag des  
wiederholt in den bisherigen Debatten dargelegten deut-  
schen Standpunktes bilden. Selbstverständlich stellt eine  
derartige schriftliche Fixierung, zumal sie auch Zahlen-  
angaben bringen soll, ein bedeutendes Novum  
dar. Man kann daher erwarten, daß die Vollsitzung am  
Mittwoch eine nicht zu unterschätzende Bedeutung haben  
wird.

## Bewegung in den Ländern

### Krise in Thüringen - Württemberg - und Sachsen?

Fast scheint es, als ob es in Deutschland keine Woche  
ohne eine Regierungskrise geben sollte. Das kleine Weck-  
lenburg-Streik ist kaum mit gütiger Hilfe des  
Reiches bis auf weiteres von seinen Regierungsforgen be-  
freit, und schon wieder ist in Thüringen eine Regierungsk-  
rise ausgebrochen. Die Thüringer Regierung ist zurük-  
getreten, weil sich die Regierungsparteien nicht über den  
Staatshaushalt einigen konnten. Der Voranschlag für das  
Jahr 1929 schließt mit ungefähr 12 Millionen Mark Defizit  
ab. Der Finanzminister wollte das Defizit auf 5 Millionen  
Mark herabdrücken. Endlose Verhandlungen der Regierung-  
sparteien führten nicht zum Ziel. Volksparteier und Demo-  
kraten wünschten eine Erhöhung der Realsteuer, die Wirt-  
schaftspartei jedoch, die in der Thüringer Regierung eine aus-  
schlaggebende Rolle spielt, lehnte die Steuererhöhung als eine  
Mehrbelastung der Wirtschaft glatt ab. Darauf erklärte der  
Finanzminister seinen Rücktritt; ihm folgte die ganze Re-  
gierung.

Das Land Thüringen hat feinerzeit ganz Deutsch-  
land ein Beispiel gegeben, als es der heillosen dyna-  
stischen Zerstückelung ein Ende machte und aus den  
vielen Herzogtümern und Fürstentümern einen einheit-  
lichen Freistaat schuf. Seitdem jedoch im Jahre 1924  
eine bürgerliche Mehrheit in Thüringen regierte,  
ist dagegen das Land nicht aus der politischen und  
finanziellen Krise herausgekommen. Die sogenannten Ord-  
nungswahlen im Jahre 1924 brachten die Regierung  
Leutheuser-Klüchhner ans Ruder, die den Befehlen  
der Böttischen folgte. Unter dieser Regierung machten sich  
die Reaktion und die Willkür eines reaktionären Beamten-  
apparates auf allen Gebieten breit. Es fanden jene stän-  
digen Prozesse gegen führende Sozialdemokraten statt, die die  
Thüringer Ordnungswahl in den Augen von ganz Deutschland  
herabgesetzt hat.

Bei den Landtagswahlen vom Januar 1927 erhielt der  
Ordnungsbund keine Wahlquittung. An die Stelle der Re-  
gierung Leutheuser-Klüchhner trat die Regierung Deut-  
heuser-Paulsen-Loelle.

Trotz der Aufnahme des Demokraten Paulsen in die Re-  
gierung wurde der politische Kurs nicht geändert. Der  
reaktionäre Beamtenapparat, in dem Stahl-  
helm und Böttische sich eingenistet hatten, regierte in Wahr-  
heit. Die Regierung blieb ihm gegenüber untätig. Die  
Finanznot wuchs und führte zu Verhandlungen mit Sachse  
und dem Reich. Die Thüringer Regierung zeigte sich geneigt,  
Teile der Thüringer Verwaltung gegen finanzielle Hilfe ab-  
zutreten. Alle diese Versuche führten jedoch nicht zum Ziele;  
dafür wurde das Defizit des Landes immer größer. Die  
politische Stellung dieser zweiten Regierung Deut-  
heuser wurde erschwert durch die Nachwirkungen der Ord-  
nungsbundpolitik. Aus Anlaß des Falles Frieders trat am  
22. August 1928 der demokratische Minister Paulsen aus der  
Regierung aus. Es folgte eine Krise von mehr als  
zweimonatiger Dauer; am 6. November 1928  
wurde endlich die neue Regierung unter Führung des Demo-  
kraten Paulsen gewählt. Die Wahl der neuen Regierung  
beendete die Krise keineswegs, sie erfolgte mit 28 gegen  
27 Stimmen bei einer Stimmenthaltung. Die notwendige  
eine Stimme Mehrheit erhielt der demokratische Minister-  
präsident Paulsen - von dem bekannten Antisemiten  
Dr. Dinter, der damals noch der Nationalsozialistischen Partei  
angehörte!

Auch unter dieser Regierung wurde die Politik in Wahr-  
heit von der Bureaucratie geführt. Parlament und Regie-  
rung fristeten demgegenüber nur ein Scheinleben. Die bür-  
gerlichen Parteien waren nicht in der Lage, die notwendigen  
Entschlüsse zu fassen, die entweder in einer tiefgreifenden Sa-  
nierung der Landesfinanzen oder in entschlossenem Willen  
zum Einheitsstaat bestehen mußten. Die Haltung der  
bürgerlichen Parteien bedeutete geradezu eine Sabotage  
des Länderparlamentarismus. Der Rücktritt dieser Regie-  
rung wird, wenn er nicht zu Landtagsauflösung und Neu-  
wahlen führt, eine neue Dauerkrise zur Folge haben, aus der  
es keine Lösung gibt.

Die parlamentarische Geschichte des Landes Thüringen  
erweist die Schwäche des Länderparlamentarismus, sie  
zeigt die staatspolitische Unfähigkeit des Bürgertums, die in  
den kleineren Ländern besonders kraft hervortritt. Es ist  
symptomatisch, daß auch in Thüringen im Block der bür-  
gerlichen Parteien die Wirtschaftspartei eine ausschlag-  
gebende Rolle spielt, die Partei des wpositiven Spiel-  
bürgertums, das nicht über den engen Kirchturmschornstein  
hinaussieht und die Fragen der Landesverwaltung unter  
dem Gesichtspunkt kleinlichster Egoismus beurteilt.

In Württemberg war bis zu den Wahlen des  
Jahres 1928 die Regierung Bazille am Ruder. Der Block  
aus Deutschnationalen und Zentrum führte eine Politik, die  
von der Sozialdemokratie auf das heftigste bekämpft wurde.  
Die Wahlen des Jahres 1928 bedeuteten eine Verteilung  
der Landespolitik dieser Regierung, die Mandatszahl

## Die Gewerbesteuer abgelehnt.

### Der Haushalt der Städte und Kreise gefährdet.

Die Gewerbe- und Berufssteuer ist gestern im  
Preussischen Landtag abgelehnt worden, da die not-  
wendige Zweidrittelmehrheit nicht erreicht wurde.

Im Preussischen Landtag fiel am Dienstag die mit  
Spannung erwartete Entscheidung über die Gewerbe-  
steuer. Bekanntlich hatte der Landtag auf Antrag des  
Zentrums und der Wirtschaftspartei beschlossen, die Steuer  
zu einer Gewerbe- und Berufssteuer zu erweitern und  
ihre die sogenannten freien Berufe, Klerge und An-  
wälte mit zu unterwerfen. Gegen diese Erweiterung der  
Steuer hatte der Staatsrat Einspruch erhoben, und um den  
Einspruch des Staatsrats zurückzuweisen, ist eine Zweidrittel-  
mehrheit des Landtages erforderlich. Diese Zweidrittel-  
mehrheit ist nicht erreicht worden, obwohl die Sozialdemokratie  
geschlossen für die erweiterte Berufssteuer stimmte. Den  
232 Ja-Stimmen standen 167 Nein-Stimmen gegenüber.  
Geschlossen mit Nein stimmten Kommunisten, Nationalisten  
und Deutschnationale, während Zentrum, Demokraten und  
Deutsche Volkspartei sich spalteten.

Das Ergebnis ist nun, daß die ganze Gewerbe-  
steuer abgelehnt ist. Aber auf der Gewerbesteuer be-  
ruht der Etat aller Gemeinden, aller Gemeindeverbände und  
Kreise. Kein Bürgermeister und kein Landrat ist in der Lage,  
ohne die Gewerbesteuer den Haushalt seines Bezirks in  
Ordnung zu bringen. Man wird jetzt versuchen, die alte Ge-  
werbesteuer unverändert um ein Jahr zu verlängern, die  
Regierung wird eine dementsprechende Vorlage heute noch  
einbringen. Aber ob sich dafür eine Mehrheit findet, und  
ob die Verabschiedung der Vorlage gelinzt, ist eine offene  
Frage. Was aus den Gemeinde- und Kreisetsats werden  
soll, wenn kein neues Gewerbesteuergesetz rechtzeitig zustande  
kommt, kann auch niemand sagen.

Das ist die Situation, die die sozialdemokratische Fraktion  
im Auge hatte, als sie mit Ja stimmte. Es gibt ganz ge-  
wichtige Gründe, die gegen die Einbeziehung der  
freien Berufe in die Gewerbesteuer sprechen. Aber  
wichtiger als Gründe und Begründungen ist die Ordnung  
im Haushalt. In dem Augenblick, in dem die Sozial-  
demokratie im Reich und in Preußen weitgehende schwer zu  
tragende Abstriche am Etat vornimmt, nur um eine solide  
Finanzgrundlage zu schaffen, wäre es unverantwortlich ge-  
wesen, hätte die Sozialdemokratie nicht auch alle anderen  
Momente hinter die Notwendigkeit zurückgestellt, die Etats  
der Gemeinden in Ordnung zu halten. Die Verantwortung  
dafür, daß das bisher nicht hat sichergestellt werden können,  
mögen vor dem Volke und den Gemeindeverwaltungen die  
anderen Parteien tragen.

An die Abstimmung über die Gewerbesteuer schlossen sich  
die Abstimmungen über den Bergetat. Ange-

nommen wurde eine ganze Reihe von Anträgen zum Berg-  
arbeiterschutz, so zum Beispiel das Verbot der Revier-  
prämien und die Einsetzung neuer Grubenfontrolleure.  
Von besonderer Bedeutung war die Aufforderung an die  
Reichsregierung, die Sieben-Stunden-Schicht  
unter Tage einzuführen, die mit 214 gegen  
148 Stimmen beschlossen wurde.

Im übrigen Teil der Sitzung wurde die zweite Lesung  
des Kultusetats fortgesetzt, die eine ganz ausgezeichnete  
Rede der Genoffin Jourdon zur Verteidigung des sozialisti-  
schen Schulideals brachte. Das Liebeswerben der  
Deutschnationalen und Nationalsozialisten im  
Namen der christlichen Schule an das Zentrum wies der  
Zentrumsabgeordnete Linneborn, einer der ausge-  
sprochensten Meritale des preussischen Zentrums, mit außer-  
gewöhnlicher Schärfe und Grobheit zurück. Diese  
Debatte wird heute fortgesetzt.

## Schnelle Besserung des Arbeitsmarkts.

### 440 000 Arbeitslose weniger in der zweiten Märzhälfte.

Nach den jetzt vorliegenden endgültigen Ergebnissen der  
Arbeitsmarktsstatistik ist die Zahl der Hauptunterstützungs-  
empfänger in der Arbeitslosenversicherung und der Sonder-  
fürsorge bei beruflicher Arbeitslosigkeit in der Zeit vom 15. März  
bis zum 31. März um 440 000 Personen, das ist um rund  
19 Proz. gesunken. Sie betraf sich Ende März auf 1 885 000  
Personen, wovon 1 456 000 auf die Arbeitslosenversicherung und  
428 000 auf die Sonderfürsorge entfielen. In der Krisenunterstützung  
ist eine kleine Zunahme der Unterstühten - von 185 000 auf 192 000  
- eingetreten. Nach den vorläufigen Berichten der Landesarbeits-  
ämter schreitet die Entlastung des Arbeitsmarktes auch seit dem  
31. März weiter fort.

Das endgültige Ergebnis der Entwicklung des Arbeitsmarktes  
in der zweiten Märzhälfte ist also noch günstiger als es die nor-  
mläufige Schätzung annahm, die eine Abnahme von 400 000  
Hauptunterstützungsempfängern ergeben hatte. Seit dem Höchst-  
stand der Arbeitslosigkeit Ende Februar hat sich die Zahl der Arbeits-  
losen um rund 550 000 verringert. Diese Abnahme, die  
sich im April voraussichtlich im gleichen, vielleicht noch im beschleunig-  
ten Tempo fortsetzen wird, ist in erster Linie eine Folge der  
Wiederaufnahme der Außenarbeiten. Die Statistik der Gewerkschaften,  
die wir an anderer Stelle veröffentlichen, be-  
stätigt die Bewegung, die aus den Zahlen der Arbeitsnachweise  
hervorgeht.



der Sozialdemokratie stieg von 13 auf 22. Wider alles Erwarten folgte auf diese Wahl jedoch keine Aenderung der Regierungskoalition und des politischen Kurzes.

Die Koalition aus Zentrum und Deutschnationalen blieb bestehen. An die Stelle des früheren deutschnationalen Staatspräsidenten Bazille trat Staatspräsident Dr. Böß, der bereits der Regierung Bazille als Zentrumminister angehört hatte. Herr Bazille wurde Kultusminister. Eine seiner ersten Taten nach der Wahl war, daß er das obligatorische achte Schuljahr in Württemberg abschaffte. Beim Amtsantritt der neuen Regierung gab der neue Staatspräsident die Erklärung ab, daß der Wahlerfolg der Sozialdemokraten keineswegs die Sozialdemokratie zur Führung bestimme. Die Sozialdemokratie antwortete darauf mit der Erklärung, daß sie der neuen Regierung ihr Mißtrauen ausspreche und daß es die Pflicht der Regierung sei, die Vertrauensfrage im Landtag zu stellen.

Die württembergische Regierung hat es bisher nicht gewagt, im Landtag positiv feststellen zu lassen, ob sie das Vertrauen des Landtages besitze. Ihre Stellung war von vornherein nicht fest. Die Haltung der Volkspartei und des Christlichen Volksdienstes, deren Stimmen den Ausschlag geben, blieb schwankend. Sie ist weiter geschwächt worden durch ein Urteil des Staatsgerichtshofes vom 22. März 1929, das ihr eine Neuverteilung der Mandate auf Grund der Wahlsiffern vom Mai 1928 auferlegte.

Das Urteil des Staatsgerichtshofes ist der württembergischen Regierung bisher nicht zugestimmt worden, andererseits trat am Dienstag der württembergische Landtag zur Beratung des Etats für 1929 zusammen. In dieser Situation fordert die Regierung vom Landtag, daß er sich vertage. Sozialdemokraten und Demokraten verlangen, daß die Frage, ob die Rechtsregierung Böß-Bazille eine Landtagsmehrheit hinter sich habe, endgültig geklärt werde. Das württembergische Zentrum ist entschlossen, seine jetzige Machtsstellung um die Koalition mit den Deutschnationalen auf das Äußerste zu verteidigen. Die Sozialdemokratie ist ebenso entschlossen, diese Regierungskoalition zu bekämpfen und auch vor Neuwahlen nicht zurückzubleiben, um den Willen der Wähler vom 20. Mai zur Geltung zu bringen.

Noch keine Regierungskrise, aber Regierungskrise in Sicht!

Sachsen steht vor Neuwahlen. Heute schon läßt sich voraussehen, daß nach der Wahl eine Regierungsbildung ungeheuer schwierig sein wird. Es liegt durchaus im Bereich der Möglichkeit, daß entweder eine Dauerkrise oder höchst instabile Regierungsverhältnisse eintreten werden. In solchem Zustand liegen große Gefahren. In der Praxis regiert dann die Bürokratie, die in den Länderverwaltungen eher noch stärker ist als im Reich. Die Verwaltung läuft weiter — im Notfall auch ohne Kontrolle durch eine parlamentarische Mehrheitsregierung — aber ist das der Sinn des parlamentarischen Systems?

Länderpolitik muß noch stärker als Reichspolitik nationale Realpolitik sein. Es ist das Bestreben der Sozialdemokratie, sei es in der Regierung, sei es in der Opposition, in den Ländern die bürgerlichen Parteien zu verantwortungsvoller Politik zu erziehen — aber fast schämt es ein politischer Behrtrag zu sein, daß mit sinkender Größe der Länder das Verantwortungsbewußtsein und die politische Reife der bürgerlichen Parteien abnimmt. Unter solchen Umständen muß in den Ländern selbst die Frage des Einheitsstaates kühn aufgeworfen werden!

### Rücktritt der Thüringer Regierung.

Weimar, 16. April. (Eigenbericht.)

Die thüringische Regierung ist am Dienstag auf Grund von Meinungsverschiedenheiten über die Aufstellung des Etats zurückgetreten. Was nunmehr werden wird, ist vorläufig völlig ungewiß.

### Statsdebatte im Württembergischen Landtag.

Stuttgart, 16. April. (Eigenbericht.)

Der Württembergische Landtag trat am Dienstag in die Generaldebatte zum Etat ein. Die Verhandlung eröffnete namens der Regierung Staatspräsident Böß mit einer programmatischen Rede, aus der hervorging, daß die Regierung ihr seibstvertrauensvolles und künftiges Wirken politisch und staatsrechtlich für begründet hält. Der Sinn der Rede war, daß Herr Böß und mit ihm das Zentrum auch weiterhin mit Bazille und seiner Partei in Württemberg politische Geschäfte machen möchte. Er rechnete offenbar damit, daß es ihm gelingen wird, die kleinen Splitterparteien, namentlich die Deutsche Volkspartei und den Christlichen Volksdienst, die bei der Abstimmung das Zünglein an der Waage bilden werden, auf die Seite der Regierung zu ziehen.

Am Mittwoch wird die Reihe der Redner aus dem Hause durch den sozialdemokratischen Abgeordneten Keil eröffnet werden.

### Erste Sitzung des neuen Kabinetts.

Bereidigung von Minister Stegerwald.

Amlich wird mitgeteilt: Das Reichskabinetts trat unter dem Vorsitz des Reichskanzlers nach der Regierungserweiterung zu seiner ersten Sitzung zusammen, in der laufende Angelegenheiten zur Beratung standen. Vor Eintritt in die Tagesordnung leitete der noch nicht vereidigte Reichsverkehrsminister Stegerwald den Eid auf die Reichsverfassung.

### Schutz der Betriebsicherheit.

Beratung im Strafgesetzausschuß. — Sozialdemokratische Verbesserungsanträge haben Erfolg.

Der Strafgesetzausschuß des Reichstags beriet über den § 233, der Strafe demjenigen androht, der die Betriebsicherheit in gewerblichen und anderen Betrieben stört.

Nach § 233 soll strafbar sein, wer in Fabriken, Bergwerken und anderen Betrieben oder an Maschinen eins dem Schutz des Lebens von Menschen dienende Vorrichtung beschädigt, zerstört, beseitigt oder sonst unbrauchbar macht, außer Tätigkeit setzt oder vorchriftswidrig nicht oder nicht richtig anbringt oder Nicht- oder Richtrichtiggebrauch und dadurch eine Gefahr für Menschenleben oder Gefahr einer schweren Körperverletzung herbeiführt.

Abg. Schumann (Komm.) wendet sich gegen diesen Paragraphen im Interesse der Arbeiterschaft. Mancher Arbeiter bringe eine Unfallverhütungseinrichtung nicht, weil er im Alfordlohn zu wenig verdienen würde, wenn er die Unfallverhütungseinrichtung gebrauche.

# Kriegsopfer und Reichsetat.

## Beratung des Haushalts für Versorgung und Ruhegehälter.

Der Haushaltsausschuß des Reichstags verabschiedete am Dienstag den Haushalt für Versorgung und Ruhegehälter. Der Berichterstatter Abg. Caverrey (Dnat.) gab an Hand der im vergangenen Jahr durchgeführten statistischen Erhebungen ein Bild vom Umfang der Versorgung, die eines der wichtigsten Kapitel des Haushalts des Reichs darstellt. Der Etat erfordert einen Aufwand von 1744 400 000 M. Davon entfallen auf die Zivilversorgung rund 105 Millionen, auf die Kriegsbeschädigten 630 Millionen, auf die Kriegerhinterbliebenen 661,5 Millionen, auf die Offiziere der alten Wehrmacht 154 Millionen, auf die Offiziershinterbliebenen der alten Wehrmacht 32,3 Millionen, auf die Versorgung der neuen Wehrmacht 60,4 Millionen. Von diesem Etatansatz sollen auf Antrag der Regierungsparteien im Rahmen des Sparprogramms 25 Millionen Mark abgesetzt werden, wobei vorwiegend an eine Kürzung der Kapitalabfindungen gedacht war, weil durch eine solche Kürzung Rechtsansprüche der Kriegsopfer nicht verletzt werden würden. Gleichzeitig beantragten jedoch die Regierungsparteien, die Reichsregierung zu ermächtigen, etwaige Einsparungen, die sich durch eine Verminderung der Personenzahl der Versorgungsberechtigten im Laufe des Etatsjahres ergeben können, nicht in die Reichskasse zurückzuführen, sondern sie für Zwecke der Kriegsopferversorgung zu verwenden, in erster Linie zur Verstärkung der Mittel für die Kapitalabfindung. Damit ist es gelungen, die Bedenken gegen die Kürzung stark zu mildern.

Für die sozialdemokratische Fraktion sprach

Abg. Rohmann,

der darauf hinwies, daß das mitgeteilte Zahlenmaterial die in den Kreisen der Finanzpolitiker des Reichstags weitverbreitete Illusion zerstöre, als ob aus bald zu erwartenden Ersparnissen im Versorgungsgebiet gewissermaßen der ganze Reichshaushalt saniert werden könne. Diese Einstellung erzeuge bei den Kriegsopfern das Gefühl, als ob sie sozialpolitisch als das fünfte Rad am Wagen betrachtet würden. Die Stimmung in diesen Kreisen sei bitter. Es herrsche unter den Kriegsopfern das Gefühl der Vereinjamung und die Auffassung, daß die Gegenwart sie selbst und die Opfer, die sie gebracht hätten, nicht mehr verstehe. Er gestehe ganz offen, daß die Streichung von 25 Millionen Mark bei diesem Etat für seine Fraktion die stärkste Belastung darstelle, die das Sparprogramm bringe. Er wünschte, daß die Kürzung gar nicht praktisch zu werden brauche. Trotz der finanziellen Notlage könne er nicht darauf verzichten, auf die Wäden hinzuweisen, die in der Rentenverteilung noch bestehen. Nötig sei vor allem eine Verbesserung der Bezüge der Hinterbliebenen, deren Erwerbsmöglichkeiten infolge fortschreitenden Lebensalters immer mehr dahinschwinden; ferner die Sicherstellung der Heilbehandlung der Hinterbliebenen und die Befestigung des Fristablaufs für die Elternrenten vom 31. März 1930. Den Wünschen der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen, die Zuschüsse stärker in die allgemeine Rente einzubauen, könne man auf die Dauer nicht widerstreben.

Mit großem Nachdruck wies der sozialdemokratische Redner darauf hin, daß man sich im Reichstag mit dem Gedanken vertrauen müsse, daß die durch die Verminderung der Zahl der Versorgungsberechtigten allmählich eintretenden Ersparnisse

in erster Linie zur Befestigung der in der Versorgungsgesetzgebung noch bestehenden Härten zu verwenden sei.

In einer Zeit, in der man notgedrungen sogar den Versorgungsbeitrag einer so schafften Nachprüfung unterziehen müsse, sei es um so notwendiger, der Einführung einer gesetzlichen Höchstpension und einer allgemeinen Pensionstärkung beim Vorliegen einer weiteren Einnahmequelle neben der Pension ernsthaft näherzutreten. Schließlich trat der Redner für eine von sämtlichen Regierungsparteien unterzeichnete Entschließung ein, die die Reichsregierung ersucht, bis zur Beendigung der Beratung des Haushalts für das Jahr 1929 den Entwurf eines Gesetzes über die Ruhegehälter politischer Beamter vorzulegen.

In der weiteren Debatte gab auch Abg. Köhler (Z.) der Überzeugung Ausdruck, daß es nicht nötig sein werde, die Mittel für die Kapitalabfindung für Kriegsbeschädigte und Kriegerhinterbliebene tatsächlich zu kürzen. Abg. Brünninghaus (D. Sp.) schloß sich dieser Auffassung an und meinte, wenn die Kürzung trotzdem eintreten müsse, so würde sie Rechtsansprüche nicht verletzen und praktisch nur für einen kleinen Teil der Kriegsbeschädigten die Zurückstellung des Wunsches nach einem Eigenheim um ein Jahr bedeuten.

Abg. Erling (Z.) schloß sich dem Bedauern über den Abbruch an und bemerkte, daß Wünsche, wie sie der Abg. Rohmann vorgebracht habe, auch seiner Fraktion vorgelegt worden seien, für die aber, daß bei der gesparten Finanzlage diese Wünsche im Augenblick nicht erfüllbar seien. Die Forderung auf Schaffung einer Höchstpension, einer Pensionstärkung und das Verlangen nach einem Pensionsgesetz für Minister und politische Beamte fanden die Billigung seiner Fraktion.

Reichsarbeitsminister Wiffell machte darauf aufmerksam, daß im Reichsministerium des Innern ein bereits ausgearbeiteter Gesetzesentwurf zur Regelung der Pensionsverhältnisse der Minister und der politischen Beamten vorliege. Der Etat sei sehr knapp bemessen, er enthalte sicher keine erheblichen Reserven. Das Reichsarbeitsministerium werde aber im Laufe des Etatsjahres noch einmal eine genaue Zählung der Versorgungsberechtigten veranlassen. Das Ministerium selbst habe an eine weitere Minderung des Etatsansatzes nicht gedacht, aber die finanziellen Schwierigkeiten hätten dazu geführt. Im übrigen sei es selbstverständlich, daß eine von Dankbarkeit gegenüber den Opfern des Krieges erfüllte und pflichtbewusste Regierung die Erfüllung abgebe,

daß mit der Verabschiedung der Fünften Novelle zum Versorgungsrecht die Entwicklung der Versorgungsgesetzgebung nicht abgeschlossen sei. Es sei in der Tat noch eine ganze Reihe von Härten vorhanden, deren Befestigung dringend erwünscht sei.

Ob die Heilbehandlung für die Hinterbliebenen unter diesen Härten gerade das dringendste Problem sei, lasse er dahingestellt. Dagegen halte er es für nötig, etwaigen Härten vorzubeugen, die bei der Elternversorgung durch Fristablauf eintreten könnten.

Der kommunistische Abg. Größ, der in der Debatte die Behauptung aufgestellt hatte, daß der Haushalt trotz erheblicher Steigerung der Zahl der Versorgungsberechtigten eine Verschlechterung der Versorgung bringe, widersetzte der Minister mit der schlüssigen Bemerkung, daß die Verlesungsbeträge der Kriegsopfer durch den Etat nicht um einen Pfennig gemindert werden.

Die Anträge und Entschließungen der Regierungsparteien wurden mit großer Mehrheit angenommen.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) hat darum, alle Vorschriften, die den Schutz der Arbeitskraft betreffen, in eine Sonderberatung zusammenzufassen und in dieser Sitzung nicht zu verabschieden. Dem kommunistischen Redner gegenüber mußte festgestellt werden, daß unter § 233 ein Arbeiter nicht falle, der eine Unfallverhütungseinrichtung nicht gebrauche, die lediglich seine Person schützen solle. § 233 habe lediglich die Aufgabe, die Allgemeinheit zu schützen.

§ 233 wurde nach dem Vorschlag der Regierung angenommen und beschlossen, die Bestimmungen über den Schutz der Arbeitskraft später zu beraten.

Für die Fälle der Betriebsstörung, bei denen als Folge der Tod eines Menschen eintritt, sieht § 235 des Entwurfs neben einer Zuchthausstrafe unter 10 Jahren auch lebenslangliches Zuchthaus vor.

Abgeordneter Marum wandte sich gegen die Androhung der lebenslangen Zuchthausstrafe und warf darüber hinaus die Frage auf, ob § 235 notwendig sei.

### Der fluge Mann baut vor.



„Wir möchten Sie für die SPD. engagieren. Unsere gesamten Funktionäre sollen darin ausgebildet werden, zu fliegen!“

§ 235 wurde darauf gestrichen.

Eine länger Debatte rief § 238 hervor, der bestimmt: „Wer den Betrieb einer dem öffentlichen Verkehr dienenden Eisenbahn, Straßenbahn, Schwebebahn, Kraftfahrline, Schiffahrt- oder Luftfahrtunternehmungen, eines Schiffs- oder Flugzeugs, der Post, eines zur öffentlichen Versorgung mit Wasser, Licht, Wärme oder Kraft dienenden Wertes, einer dem Schutz gegen Feuergefahr dienenden öffentlichen Einrichtung oder einer der staatlichen Anstalten, die der Landesverteidigung dienen, dadurch behindert oder stört, daß er Bestandteil oder Zubehör beschädigt, zerstört, beseitigt, verändert, wird mit Gefängnis bestraft. Der Versuch ist strafbar; in besonders schweren Fällen steht Zuchthaus bis zu fünf Jahren.“

Abg. Marum begründete einen sozialdemokratischen Antrag auf Streichung des § 238, indem er ausführte, das Strafgesetz sollte in den Arbeitsstätten überhaupt nicht eingreifen, besonders nicht durch so hohe Strafen. Gewiß könne die Sabotage schwere Folgen haben und auch ganz Unbeteiligte in Mitleidenschaft ziehen. Eine besondere Strafbestimmung sei aber nicht erforderlich, da die Bestimmungen gegen Sachbeschädigung vollkommen ausreichten.

Nach längerer Debatte beschloß der Ausschuss die Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages auf Streichung des ganzen Paragraphen. Es gelang aber wenigstens durchzusetzen, daß das Unberechtigtste gestrichen und daß die Androhung der Zuchthausstrafe beseitigt wurde.

### Hoovers Kongreßbotschaft.

Außerordentliche Tagung zum Schutze der Landwirtschaft.

Washington, 16. April.

Vor dem amerikanischen Kongreß verlas heute Präsident Hoover die angekündigte Botschaft. Darin teilt er einleitend mit, daß er diese außerordentliche Session einberufen habe, um ein während der Wahlkampagne gegebenes Versprechen zu erfüllen. Die Session werde sich in der Hauptsache mit dem Gesetz über die Farmerhilfe, mit Zolltariffen, dem neuen Einwanderungsgesetz und verschiedenen untergeordneten Vorlagen von rein amerikanischer Bedeutung zu befassen haben. Was die Farmerhilfe anlangt, so könne darüber keine Meinungsverschiedenheit mehr bestehen, denn die amerikanische Landwirtschaft mache seit neun Jahren eine Krise durch, und es gehe ihr ohne Zweifel weitaus schlechter als der Industrie. Die Abänderung des Zolltariffes stehe mit der Farmerhilfe in direktem Zusammenhang. Es handle sich darum, zunächst einige Zollsätze zu ändern, um die amerikanische landwirtschaftliche Produktion zu schützen und die Landwirte anzuspornen, sich auf gewisse Produktionszweige zu legen, die sie bisher vernachlässigt haben. Dadurch sei Amerika gezwungen worden, die in Frage kommenden Lebensmittel einzuführen. Die Regierung werde die Schaffung eines obersten Landwirtschaftsrates vorschlagen, der die landwirtschaftlichen Verbände besonders bei ihren Strekbungen unterstützen soll, ihre Produktion aus eigenen Mitteln auf den Markt zu bringen. Dazu seien Kredite erforderlich, die die Regierung vom Kongreß anfordern werde. Die Änderungen des Zolltariffes würden keineswegs gegen die ausländische Industrie gerichtet sein.



# Massenaufmarsch der Frauen.

## Berliner Kundgebungen zum internationalen Frauentag.

Die gestrigen Kundgebungen zum Internationalen Frauentag, zu denen die Sozialdemokratische Partei aufgerufen hatte, zeigten einen Massenaufmarsch der arbeitenden Frauen. Die Versammlungen waren von begeisterter Kampfstimmung erfüllt. Ueber die einzelnen Veranstaltungen geben wir die nachfolgenden Berichte.

### In Neuföln.

In „Kleins Festsälen“ war der Versammlungsraum überfüllt von den Massen der erschienenen Frauen. Die politische Genossin

#### Senatoria Dorota Kluzynska

brachte, von starkem Beifall empfangen, zunächst die Grüße der sozialistischen Partei des Nachbarlandes. Dieselbe Idee eine die Arbeiterfrauen beider Nationen und bringt sie einander näher als es die Bürger- und Arbeiterfrauen eines Landes sein können. Der Krieg, den wir am eigenen Felde erleben haben, lastet am schwersten auf den Arbeiterfrauen. Fast schmerzen die Zuschauenden des Krieges vergessen; noch sind wir den Kriegsgewalt nicht entgangen. Erst wenn das arbeitende Volk die Macht haben wird, wird der Krieg beendigt sein. Zur Verrückung der Arbeiterfrage gehört aber noch die Erweckung des Millionenheeres politisch schlafender Frauen. Rot wird den Arbeiterfrauen auferlegt, gesundheitschädliche Arbeit wird von ihnen verlangt, die Hergabe der Männer als Soldaten für den Krieg. Ueberall ist es so, und die Aufklärung der arbeitenden Frauen über ihre wahren Interessen hat noch immer zu geringen Erfolgen erzielt. Die schaffende Frau muß an der Seite des schaffenden Mannes ihre Ansprüche anmelden, nicht sich zufrieden geben, sondern ihr Recht fordern. Vor 22 Jahren kamen die ersten 7 Frauen zusammen, die für die sozialistische Bewegung die politischen und sozialen Forderungen der Frauen proklamieren.

Genossin Kluzynska führte recht drastische Beispiele für den Vormarsch der Frauenaufklärung in Polen an. Diesen Vormarsch weiterzutreiben, das verderbliche System der kapitalistischen Gesellschaftsordnung beseitigen zu helfen, ist die Aufgabe des Internationalen Frauentages.

Auf die drängendsten Aufgaben des Tageskampfes für die politischen und sozialen Rechte der Arbeiterfrau wies die

#### Genossin Käthe Aern

hin. Vieles wurde schon erreicht in den verflochtenen Jahrzehnten sozialistischer Frauenbewegung. Aber noch immer stehen dringende Kampfzweckstellungen unerfüllt auf unserem Programm, für die es alle Kräfte einzusetzen gilt.

Uebrigens die Sozialdemokratische Partei kämpft ernsthaft für die Gleichberechtigung der unehelichen Kinder und Mütter mit den ehelichen, für Aufhebung des mittelalterlichen § 218, für Reform des veralteten Erbrechts, für ausreichende Fürsorge für Waisen und Kleinkinder, für die Beteiligung von Frauen und Kinderarbeitsleistung und das Verbot der Beschäftigung von Frauen in gesundheitschädlichen Betrieben. Ihr gehört die Unterstützung der arbeitenden Frauen!

Mit starkem Beifall lobten die Erschienenen den Rednerinnen. Der freie Männerchor hatte die Kundgebung mit Kampfliedern eingeleitet. Ein Propagandafilm der Arbeiterwohlfahrt fand viel freundigen Beifall.

### Am Friedrichshain.

Die Prachtzähle am Märchenbrunnen vermochten die Massen der Frauen nicht zu lassen, die dem Rufe zum Internationalen Frauentag gefolgt waren. Bis in die Vordränge stauten sie die Menschen. Stimmungsvolle Chorgesänge leisteten auch hier die einbrechende Kundgebung ein.

#### Genossin Janny Blatny-Tschekoslawaki

wies darauf hin, daß von den Frauen in allen europäischen Ländern bereits manches erreicht sei, was das Bürgertum bis dahin verhöhnte und als Utopie bezeichnet. Der 8. April und 1. Tag habe sich durchgesetzt, wie das Wahlrecht der Frauen. Heute kämpft die Frau um weitestgehende Ziele, um die Uebernahme der politischen Macht durch den Sozialismus. Der Sozialismus kann wohl die Bewegung aufhalten, aber nicht um den Endzweck bringen. Denn auch er muß jährlich Tausende von Frauen aus Reue in das große Proletariat einreihen. In der Tschechoslowakei steht das zerfallene Proletariat ohnmächtig einem international verbundenen Bürgertum gegenüber. Reaktionen Gesehgebung fördert alle arbeitende Feindschaften und begünstigt die Rüstungsindustrie. Die Anfänge einer Sozialversicherung waren in Gefahr. 600 000 Erwerbstätige, Jugendliche, Saisonarbeiter und Helmsarbeiter sollten aus dem Gesetz herausgenommen werden. Die Frauen im Parlament erheben um so lauter ihre Stimme, um gegen diesen Rückschritt zu protestieren. Die Rednerin ging dann auf die einzelnen Forderungen der tschechischen Sozialistinnen ein, die speziell das drückende Los der Frau als Mutter und Erzieherin gefundener Kinder betonen. Der Internationale Frauentag muß ausfliegen in einem glühenden Bekenntnis zum Sozialismus!

#### Genossin Hedwig Wachenheim

zeichnete die Forderungen der Frauen in Deutschland auf, die in einem weiteren Ausbau der sozialen Gesetzgebung zum Schutze der Frau als Mutter und als Verwalterin der Familie bestehen müssen. Vor drückender Sorge kann die erwerbstätige Frau sich weder der Erziehung ihrer Kinder noch ihrer eigenen Weiterentwicklung widmen. Vor allem fehle die tätige Mitarbeit der Jugend und der jungen Frauen, die sich vielfach von Partei und Gewerkschaft fernhalten. Nur durch festen Zusammenschluß unter der Fahne des Sozialismus kann die Befreiung der Frau aus wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fesseln erfolgen!

### Weddina.

Die Kundgebung im großen Saal der Pharus-Festsäle war keine vor Beginn überfüllt. Die Genossin Bagels mußte als Leiterin der Veranstaltung die Männer auffordern, den immer noch anstehenden Frauen Platz zu machen. Bis auf der Treppe und in den Vordrängen stand eine nach Tausenden zählende Menge, die die Worte der Referentinnen mit Begeisterung aufnahm. Die Kundgebung leitete die Genossin Hedwig Wachenheim durch Kampflieder ein. Dann sprach als erste Rednerin die

#### Genossin Duby-Schwels

die zunächst die Freundschaftsgrüße der Schweizer Frauen überbrachte. In der Schweiz kämpft die Frau heute noch um ihr Stimmrecht und ihre politische Gleichberechtigung. Sie führt den Kampf um so begeisterter, wenn sie weiß, daß auch in den anderen Ländern die Frauenorganisationen tüchtig an der Arbeit sind und ihre ganze Kraft für Frauenrecht einbringen. Die Arbeiterinnen aller Länder haben gleiche Ziele: sie sind eingepreist in den harten Wirtschaftskampf, ohne daß die Gesetzgebung ihnen die gleichen Rechte und Erwerbsbedingungen wie den Männern gibt. Gleiche Bestimmungen, gleiche Lohn — das ist die Forderung, die die Frauen aller Länder aufstellen. Sie verlangen mehr Schutz und mehr Recht.

Ueber diese Wirtschaftsaufgaben hinaus kämpft die Frau gegen die Kinderarbeitsleistung. Wenn auch in den Ländern, wo die Arbeiterorganisationen stark sind, die Kinderarbeitsleistung zurückgegangen ist, so muß doch festgestellt werden, daß auf dem Lande noch immer die 10- bis 12-jährigen Jungen mithelfen müssen, die Familie zu ernähren. Groß ist das Aufgabengebiet, das sich die Frauen in der Wohlfahrtspflege gestellt haben. Errichtung von Tages- und Kinderheimen, Ausbau der Hilfe für die werdende Mütter!

Der Film „Weg einer Proletarierin“ zeigte die Wohlfahrtsvereinigungen, die heute schon in Stadt und Land für die Kinder geschaffen worden sind.

Dann nahm die

#### Genossin Bohm-Schuch

das Wort. Temperamentvoll und mit tiefer Herzenswärme sprach sie von den Weiden der Frauen in den Kriegs- und Kriegsjahren des deutschen Volkes. Von dem stillen Helden- und Duldbarm der Frauen. In tausenden Familien war und ist die Frau nicht nur die Stütze im Hause, sondern auch die Ernährerin der Familie. Noch heute hat das deutsche Volk grausam unter den Schrecken des Krieges zu leiden; die allernotwendigsten Anstaltseinrichtungen müssen zurückgestellt werden, weil wir für die Opfer des Krieges und die Kriegskosten sorgen müssen. Die inneren und äußeren Kriegskosten, die alljährlich aufgebracht werden müssen, betragen vier Milliarden Mark. Was könnte für diese Summe, so viel die Rednerin aus, für Glück und Freude gestiftet werden, wenn der unselige Krieg nicht gekommen wäre. Deutschland soll noch 10 Jahre lang Kriegsschulden an die ehemaligen Feindstaaten bezahlen. Nicht nur unser Leben, auch das unserer Jugend und unserer Kinder wird jahrzehntelang unter diesem Rostband zu kämpfen haben. Das alles muß für die Frauen Ansporn sein, immer und immer wieder gegen den Krieg zu kämpfen, immer und immer wieder alle aufzurufen und zu sammeln: Nie wieder Krieg! Stürmische Zustimmung zeigte den

Rednerinnen, daß ihr Appell Widerhall in den Herzen gefunden hatte.

### Im Westen.

In den Spichern-Festsälen rief die Genossin Mathilde Wurm

die arbeitenden Frauen besonders auf zum Kampf gegen einen neuen Krieg, der das Frauen- und Kinderelend vergrößert. Allein die Sozialistische Internationale und ihr Kampf gibt Friedenshoffnung und nicht Abrüstungskommissionen, in denen noch immer Männer sitzen, die am Krieg verdienen. Den Kampf der Sozialistischen Internationale um Frieden und Abrüstung, und das Recht der Unterdrückten müssen vornehmlich die Arbeiterfrauen unterstützen und selbsttätig führen. Auf den Lippen aller Frauen des Proletariats muß das Gelübnis stehen: „Nie wieder Krieg“, denn nur der Frieden ermöglicht die Arbeit für Aufbau einer wahrhaft sozialen Kultur, die Frauen, Kindern und Männern der wertvollen Schichten aus Rot und Elend, Unterdrückung und Entrechtung befreit.

Als freudig begrüßter Gast sprach die schweizerische Genossin Hertha Dübi, die bereits in den Pharus-Sälen gesprochen hatte. Sie berichtete auch hier von dem Kampf der Schweizer Genossinnen für die politische Gleichberechtigung der Frauen, der am heutigen Tage durch Kundgebungen offiziell eröffnet wird. Im bürgerlichen Recht, im Eherecht ist allerdings die schweizerische Gesetzgebung weiter fortgeschritten als die der großen Deutschen Republik, von der die Schweiz sonst lernen könnte.

Die meisten Interessen der arbeitenden Frauen sind wie die des gesamten Proletariats die gleichen in allen Ländern, und was ebenso wichtig ist, der Klassenfeind ist international organisiert. Darum ist es höchste Zeit, daß alle Frauen der arbeitenden Klasse sich dem international geführten Kampf anschließen, um nicht immer von neuem in Knechtschaft und Elend gestochen zu werden.

# Snowdens Antwort an Churchill.

## Das verschleierte Defizit. — Gegen das Balfour-Abkommen.

London, 16. April. (Eigenbericht.)

Die große Budgetdebatte im Unterhaus wurde am Dienstag mit einer Rede des ehemaligen Schatzkanzlers der Regierung Mac Donald Philipp Snowden eröffnet.

Snowden betonte, daß das Echo der Ausführungen Churchills in Stadt und Land sehr verstanden gewesen sei. Der Schatzkanzler habe mit der Erhöhung der Einlagen der kleinen Spärer Staat zu machen gesucht, er habe jedoch zu sagen vergessen, daß im vergangenen Jahre größere Abhebungen als Einzahlungen gemacht worden seien. Was die Rüstungsausgaben Großbritanniens betreffe, so seien von der konservativen Regierung im Jahresdurchschnitt der letzten fünf Jahre 40 Millionen Mark mehr ausgegeben worden als von der Arbeiterregierung. Die einzige Erklärung für den angebliebenen größeren Wertkonsum könne nur darin gesucht werden, daß die konservative Partei im kommenden Wahlkampf ungeheuerliche Mengen Freibier zu verschenken plane. Bei dem Budgetüberschuss vom vergangenen Finanzjahr habe es sich in Wirklichkeit um ein sehr erhebliches Defizit gehandelt, das verschleiert worden sei.

Snowden wandte sich hierauf dem

#### Problem der interalliierten Schuldentzahlungen

zu und betonte, daß das Verhalten der konservativen Regierung in dieser Hinsicht einen wahren Skandal gleichkomme. Ruß-

land habe mit seiner Schuldenverweigerung nichts Schlimmeres getan als Frankreich, das vier Fünftel seiner inneren Schuld zurückgezahlt habe. Churchill habe mit Frankreich und Italien einen überaus schlechten Handel abgeschlossen, während Amerika weitläufigere Bedingungen erzielt hätte. Wenn Italien und Frankreich die Vereinigten Staaten bezahlten, so wären sie auch in der Lage, an Großbritannien ihre Schulden zu entrichten. England habe für Frankreich ungleichmäßig mehr getan als Amerika. Ohne England wäre Frankreich heute kein unabhängiges Land.

Snowden machte dann die politisch bedeutungsvolle Feststellung, die Arbeiterpartei fühle sich an die sogenannte Balfour-Note, welche die Schuldentilgung zwischen England und Italien einerseits und England und Frankreich andererseits regle, nicht unbedingt gebunden, und er (Snowden) würde sich als Schatzkanzler frei fühlen, diese Schuldenregelung abzuschließen. Snowden wurde an dieser Stelle vom Schatzkanzler Churchill unterbrochen, der erregt betonte, daß eine derartige Feststellung aus dem Munde eines Politikers vom Range Snowdens überaus gefährlich sei, weil sie den Einfluß von Zahlungen, mit denen England rechnen müsse, gefährden könnte. Snowden erwiderte Churchill in seiner Erwiderung daran, daß Frankreich dieses Schuldenabkommen niemals ratifiziert habe. Das Abkommen, das in der Balfour-Note niedergelegt worden sei, bedeute lediglich eine provisorische Winzang.

# Zwischenfall Rom—Belgrad.

## Gefälschtes Dokument in Rom veröffentlicht. — Jugoslawien verlangt Intervention des Völkerbundes. — Italien soll sich entschuldigen.

Genf, 16. April. (Eigenbericht.)

Das Interesse der maßgebenden Völkerbundskreise konzentrierte sich am Dienstag hauptsächlich auf einen italienisch-jugoslawischen Zwischenfall. Das römische Blatt „Giornale d'Italia“ hatte ein Dokument veröffentlicht, in dem von Angriffsvorbereitungen Jugoslawiens gegen Italien die Rede war. Jugoslawien hat dieses Dokument als falsch bezeichnet und seinen Genfer Vertreter beauftragt, die Angelegenheit des gefälschten Dokumentes offiziell dem Völkerbundsekretär vorzutragen mit dem Hinweis darauf, daß es Aufgabe des Völkerbundes sein müsse, die Veröffentlichung derartiger Fälschungen, die den Frieden der Welt vergiften, zu verhindern. Diese Demarche Jugoslawiens ist bis Dienstag abend noch nicht erfolgt, weil dem jugoslawischen Vertreter inzwischen sowohl aus dem Völkerbundsekretariat, wie von Vertretern verschiedener Mächte, denen Jugoslawien eng verpflichtet ist, mitgeteilt wurde, daß man die Inanspruchnahme des Völkerbundes in dieser Angelegenheit sehr ungern sehen würde.

Vorerst bemüht man sich noch, Italien zu einem Entschuldigungschrift gegenüber Jugoslawien zu bewegen. Jugoslawien besteht vorläufig aber trohdem auf seinen Schritt. Falls er nicht erfolgen sollte, dürften politische Komplikationen zu erwarten sein.

#### „Giornale d'Italia“ bleibt dabei.

Rom, 16. April. (Eigenbericht.)

Die jugoslawische Ablehnung der Enthüllungen des „Giornale d'Italia“ veranlaßt dieses Blatt, am Dienstag mit aller Bestimmtheit zu bekräftigen, daß die bestrittenen Umstände durchaus echt seien. Das halbamtliche Organ fügt noch hinzu, daß die Vorbereitungen der jugoslawischen Kommissaris hauptsächlich gegen Ungarn gerichtet seien, eine Tatsache, die das Blatt bisher aus Rücksicht auf Belgrad (?) habe nicht erwähnen wollen. Die jugoslawische Ablehnung sei verdächtig schnell er-

folgt, bevor der zuständigen Stelle der volle Wortlaut der Urkunden habe bekannt sein können.

Inzwischen ist der italienische Gesandte in Belgrad beim jugoslawischen Außenminister Kumanudl erschienen und zwar, wie ausdrücklich betont wird, im Zusammenhang mit den „Enthüllungen“ des „Giornale d'Italia“. Bis her verläutet aber nicht, ob diese Demarche die Belgrader Regierung befriedigt hat und ob damit der Zwischenfall aus der Welt geschafft ist.

### Der Petitionssturm nach Genf.

Genf, 16. April. (Eigener Drahtbericht.)

Die Zusammenstellung des Völkerbundsekretariats über die eingelaufenen Petitionen zur Abrüstungsfrage gibt neben Petitionen der Sozialistischen Arbeiterinternationale, der Angestellteninternationale, der Jugendinternationale und der Sportinternationale noch neun Petitionen aus Deutschland an, die im Namen von 1 600 000 Mitgliedern von Arbeiterorganisationen verfaßt sind. 79 Petitionen aus Belgien sprechen im Namen von 231 000 Familienmitgliedern und 181 000 organisierten Arbeitern, die dänische Petition im Namen von 500 000 Wählern, eine schwedische im Namen von 1 019 000 organisierten Arbeitern, eine andere im Namen von 460 000 Gewerkschaftlern. Die Sammlung enthält weiter Petitionen der genossenschaftlichen Frauensliga, der Gewerkschaftsbünde und die Ankündigung, daß noch mehr Petitionen zu erwarten seien.

### Katastrophe in Wladiwostok.

#### Zahlreiche Personen ertranken.

Wladiwostok, 16. April.

Bei der Einschiffung von Jagdflößen des Dampfers „Pilmorie“ stürzte ein Landungssteig ein. Einige Dutzend Personen fielen ins Wasser; mehrere von ihnen ertranken.







# Um die Pressestelle des Magistrats

## Soll die deutschnational-kommunistische Schimpfkompanei in ihr herrschen?

Die Berufung des Stadtverordneten Dr. Lohmann zum Leiter der umzugestaltenden Pressestelle des Magistrats hat die Oppositionsparteien des Rathauses nicht wenig verchnupft. In der Stadtverordnetenversammlung redeten sie sich gestern ihre Wut vom Herzen, der Deutschnationalen von Jeddin Seite an Seite mit dem Kommunisten Lange. Das hätte noch gefehlt, daß der Magistrat die Böde zu Gärtnern gemacht und die Pressestelle Männern derjenigen Parteien anvertraut hätte, deren Presse gewohnheits- und gewerbsmäßig die Stadtverwaltung beschimpft! Langes Angriffe gegen unseren Genossen Lohmann erregten selbstverständlich bei den Deutschnationalen helle Freude. Wenn Kommunisten auf Sozialdemokraten schimpfen, haben sie immer den Beifall der Deutschnationalen. Genosse Publich besorgte Herrn Lange die verdiente Abfuhr.

Die Reorganisation des städtischen Nachrichtenamtes und die Besetzung des Vorsteherpostens mit dem Genossen Dr. Lohmann und dreier Referentenstellen mit Journalisten aus den Kreisen der Koalitionsparteien des Rathauses, der Demokraten, der Volkspartei und des Zentrums, hatten die Deutschnationalen zum Gegenstand einer Anfrage gemacht. Die Begründungsrede des Stadtverordneten v. Jeddin (Dnat.) ließ den ganzen Kerger der deutschnationalen Etablierung darüber erkennen, daß Jugenbergs Presseleute dabei leer ausgingen. v. Jeddin leistete sich Anrempelungen des Genossen Dr. Lohmann, sprach von einer Kampfanlage des Magistrats gegen rechts und meinte, Berlins Öffentlichkeit bekäme jetzt die Nachrichten aus Berlins Verwaltung und Berlins kommunalem Leben „durch die rote Brille gefärbt“ vor. Die Fähigkeit des Dr. Lohmanns erkannte der Redner schließlich doch noch an. Die in letzter Zeit immer stärker in Erscheinung getretene

### Koalition zwischen Deutschnationalen und Kommunisten

trat auch bei der genannten Anfrage wieder in die Erscheinung. Die Kommunisten hatten eine ähnliche Anfrage eingereicht, und Stadtverordneter Lange, das kommunistische Gegenstück v. Jeddins, begründete die Anfrage, wobei er die „Enthüllungen“ der Berliner moskowitzischen Zeitungen über den angeblichen Geheimvertrag zwischen dem „Vorwärts“ und dem Ulsteinkonzern wieder aufwärme. Gegen den Genossen Lohmann hatte Herr Lange eine ganze Wundertüte Enthüllungen über seine frühere Tätigkeit mitgebracht. Das neue Nachrichtenamt sei durch Kuhhandel entstanden, die Sozialdemokratie wolle mit Hilfe des Lohmannschen Amtes den Wahlkampf führen. Beide Parteien mißbilligten die Reorganisation des Nachrichtenamtes. — Zur Beantwortung der Anfrage nahm Stadtrat Genosse Treitel das Wort: Die Umgestaltung des Nachrichtenamtes sei von allen Parteien gefordert worden; die neuen Männer sind nicht als Beamte, sondern auf Privatdienstvertrag angestellt. Die Reorganisation des Amtes ist bald beendet, dann wird der Magistrat Mitteilung machen. Im Haushaltsausschuß hätten fast alle Parteien dem Vorhaben des Magistrats zugestimmt. Die Objektivität der Nachrichtenübermittlung sei gewährleistet. (Wärm bei den Deutschnationalen.) Genosse Publich betonte, daß alle Parteien, bis auf die Deutschnationalen, die Reformbedürftigkeit des Nachrichtenamtes anerkannt hätten, daß es sich nur darum handele, die geeigneten Persönlichkeiten zu finden und, daß die jetzige Besetzung gut sei. Was Herr Lange gegen den Leiter des Amtes, Genossen Dr. Lohmann, vorgebracht habe, reize nicht zur Erwiderung, es sei denn, man gehe auf

### Herrn Langes Deutnantszeit

zurück. (Wärm bei den Kommunisten, Jurats Stadt. Lange.) Den Kommunisten lagte Genosse Publich, sie mögen sich nicht die Köpfe der Sozialdemokraten wegen des Wahlkampfes zerbrechen. Stützt auf unsere Erfolge in der kommunalen Arbeit werden wir den Wahlkampf führen, und die Erfolge werden bei uns sein, weil

die Bevölkerung die sozialdemokratische Erfolgsarbeit seit langer Zeit erkannt hat. Noch ein Wort an Herrn Lange: Wir haben bisher auf seine möglichen Angriffe geschwiegen, weil wir bei ihm gewisse Voraussetzungen erfüllt sehen, die eine mildere Beurteilung seiner Handlungen angebracht erscheinen läßt. Wir billigen ihm mildernde Umstände zu. (Zurufe § 511 Beifall bei den Soz.) Die Stadtverordneten Lange und v. Jeddin antworteten gereizt.

Die in der Sitzung am Donnerstag verschobene Abstimmung über den Bau neuer Schnellbahnlinien ergab die Annahme der Vorlage. — Die tumultuarischen Vorgänge in der Erziehungsanstalt Lindenhof gaben den Kommunisten Veranlassung zu der Anfrage, ob der Magistrat jetzt die schon früher eingebrachten Erziehungs- und Reformvorschlüsse der kommunistischen Fraktion annehmen wolle. Stadträtin Genossin West fragte, warum die Kommunisten ihr Material nicht der zuständigen Behörde vorlegen, wo es doch sicher die gewünschte Erleuchtung finden würde; wenn es nur agitatorisch ausgebeutet würde, könnte das Jugendamt nichts damit anfangen. — Die

### Umbenennung des König-Wilhelm-Turms

im Grunewald beschätzte dann noch einmal die Versammlung. Stadtverordnete Frau Hoffmann-Gwinner trat für die Bezeichnung Karl-Liebknecht-Turm ein. Genosse Horsch gab der Erwartung Ausdruck, daß die Erinnerungszeichen monarchistischer Zeiten recht bald verschwinden. Der Antrag der Kommunisten sei nur eine Bezeichnung vor ihren Wählern, es sei nämlich durchaus zweifelhaft, ob Liebknecht bei Lebzeiten mit einer solchen Ehreung einverstanden gewesen wäre. — Die Abstimmung wurde auf Donnerstag vertagt.

### Ankauf von Staaken.

#### Ein Beschluß des Berliner Haushaltsausschusses.

Der Haushaltsausschuß der Stadtverordnetenversammlung genehmigte den Ankauf des Flughafengeländes in Staaken. Abgelehnt wurde ein kommunistischer Antrag, das gesamte Gelände für Siedlungszwecke zur Verfügung zu stellen. Es bleibt also bei dem ursprünglichen Verwendungszweck, der nach der Magistratsvorlage vorgesehen war. Danach soll der Flugplatz als der geeignete deutsche Stützpunkt im kontinentalen Luftverkehr als Luftschiffhafen verwendet werden. Bei dem kommunistischen Antrag handelte es sich wieder einmal um eine reine Demonstration.

### Der beleidigte Hölz.

#### Und ein Ausschnitt, der kein Beweismittel ist.

Unter starkem Andrang fand in Neussadi (Pfalz) die Verhandlung in der Privatklagesache statt, die Mag Hölz gegen die verantwortlichen Redakteure des „Pfälzischen Kurier“ wegen eines am 23. November 1928 erschienenen Artikels angestrengt hatte.

In diesem Artikel war Hölz der Vorwurf gemacht worden, er hätte während des mitteldeutschen Luftstandes mißliebige Gefangene mißhandelt und einen Polizisten, der sich rächen wollte, mit Stangen in die Saale untertauchen lassen. Auch wurde er ein „gemeiner Verbrecher“ im Gegensatz zu den Fememördern genannt. Die Beklagten erklärten, sie wüßten nicht, ob der intrinmierte Artikel in ihrem Blatt erschienen sei und könnten das auch nicht feststellen. Der fragliche Artikel war an Gerichtsstelle nur in einem einzigen Ausschnitt vorhanden, da die Nummer angeblich seit Monaten vergriffen sei. Der Vertreter von Mag Hölz erklärte, es sei in der Geschichte der deutschen Presse einzig

daß sich eine Zeitung auf diese Weise vor der Verhandlung drücken wolle. Er beantragte, der Gegenseite aufzugeben, sofort in ihre Redaktion zu gehen und die Nummer aus dem Archiv zu holen. Das Gericht gab diesem Antrag statt, und nach einer Pause lehrten die Redakteure nur mit der halben Nummer zurück. Der Rechtsanwalt zog hierauf die Klage gegen einen der Redakteure zurück und benannte ihn als Zeugen dafür, daß der Artikel in der Nummer erschienen sei. Der als Zeuge benannte Redakteur berief sich nunmehr, als er ausfragen sollte, auf sein Zeugnisverweigerungsrecht, ihm wurde jedoch vor Gericht bedeutet, daß er dieses Recht nicht habe, da er nur nach der Tatsache, ob der Artikel erschienen sei, befragt werde, aber nicht nach dem Verfasser. Er blieb aber bei seiner Zeugnisverweigerung, so daß ihm das Gericht zu einer Geldstrafe von 100 Mark verurteilte. Der Vorsitzende erklärte, daß ihm die Verhandlung eine solche Fülle von Problemen aufgegeben habe, daß er die Entscheidung erst in acht Tagen verkünden könne.

Wenn mir diesen Bericht einer privaten Korrespondenz als objektive Wahr unterstellen, so hätten sich die beiden Herren vom „Pfälzischen Kurier“ allerdings sonderbar benommen. Auf der einen Seite aber muß man dem Rechtsvertreter von Mag Hölz sagen, daß es seine Aufgabe war, vor der Hauptverhandlung sein Material gegen die Beklagten zu stellen, daß es beweiskräftig ist. Aufgabe des Anklägers ist es, die Schuld des Angeklagten zu beweisen, niemals aber hat die vor Gericht geforderte Partei den Beweis ihrer Unschuld zu liefern. Ein solches Verfahren hieße die Prozedurordnung auf den Kopf stellen!

### Zusammenstoß deutscher Torpedoboote.

#### „Röwe“ und „Albatros“ leicht beschädigt.

Wilhelmshaven, 16. April.

Bei Antritt der Spanienreise stießen die beiden Torpedoboote „Röwe“ und „Albatros“ zusammen und erlitten leichte Beschädigungen, so daß sie in den Hafen Wilhelmshaven zurückkehren mußten, um dort wieder instandgesetzt zu werden.

Der Zusammenstoß entstand dadurch, daß bei der stürmischen See und bei dem Kurs der Torpedoboote, die dicht hintereinander fuhren, das vordere Torpedoboot „Röwe“ aus dem Ruder kam, d. h. durch die hohe See mit dem Achterschiff so weit aus dem Wasser ragte, daß das Ruder und die Schraube frei aus dem Wasser lagen. Dadurch scheerte das Boot etwas aus und blieb zurück, so daß es mit dem folgenden Torpedoboot „Albatros“ zusammenstieß. „Röwe“ ist am Heck, „Albatros“ am Vordersteil beschädigt, jedoch sind die Beschädigungen nicht schwerer Art, so daß sie bald auf der hiesigen Werft wieder behoben werden können. Personen sind bei dem Zusammenstoß nicht verletzt worden. Voraussichtlich werden die Boote in absehbarer Zeit der Flotte folgen können.

### Umgestürzt und verbrannt.

Im Norden Berlins, an der Ecke Willeers- und Dierpolder Straße, ereignete sich gestern Abend ein schwerer Verkehrsunfall. Auf der Straßentkreuzung geriet plötzlich ein Radfahrer in die Fahrbahn eines Geschäftsautos. Der Fahrer bremste stark, um ein Unglück zu verhindern. Das Auto überschlug sich aber dabei und geriet in Brand. Der Radfahrer, ein 40jähriger Arthur P. aus der Wicherstraße, wurde von dem umstürzenden Wagen noch erfasst und lebensgefährlich verletzt. Der Chauffeur und sein Begleiter erlitten leichtere Verletzungen. Die Verunglückten wurden in das naheliegende Paul-Gerhardt-Spital gebracht, von wo sie nach Anlegung von Rotverbänden wieder entlassen werden konnten. Das brennende Auto wurde von der alarmierten Feuerwehr nach kurzer Zeit abgelöscht.

### Jack London:



(Berechtigte Übersetzung von Erwin Magnus.)

„Heut ist meine Nacht!“ jauchzte er zehn Minuten später. „Ich bin der Einsiedlerwolf und habe dreißig Winter gesehen. Es ist mein Geburtstag, mein einziger Festtag im ganzen Jahr, und ich kann euch alle zusammen schmeißen. Kommt an, alle Mann! Ich will euch alle in den Schnee werfen. Kommt an, ihr Chechaquos (Weichlinge) und Sour-dougs (etwa: alte Jungens), ihr sollt eure Tausche kriegen!“ Die ganze Rote bis auf die Kellner und die singenden Bachanten strömte zur Tür hinaus. Der Wunsch, seine Würde zu wahren, mochte MacDonald durch den Kopf fahren, denn er näherte sich Danlight mit ausgestreckter Hand. „Wie? Du zuerst?“ lachte Danlight und ergriff seine Hand wie zur Begrüßung. „Nein, nein,“ widersprach der Wirt schnell. „Ich will dir nur zum Geburtstag gratulieren. Daß du mich in den Schnee werfen kannst, weiß ich. Was kann ich gegen einen Mann machen, der neunhundert Pfund hebt?“ MacDonald wog hundertundachtzig Pfund, und Danlight hatte nur seine Hand ergriffen; aber durch einen plötzlichen Ruck riß er ihn um und warf ihn kopfüber in den Schnee. Dann kam der nächste an die Reihe, und ihm folgte schnell ein halbes Duzend. Widerstand war nutzlos. Sie flogen Hals über Kopf und landeten in den grotesksten Stellungen im Schnee, ohne doch zu Schaden zu kommen. Bei dem dunklen Sternensicht war es nicht leicht zu unterscheiden, wer von ihnen schon geworfen war und wer noch darauf wartete, daß die Reihe an ihn kam, und so begann er, ihre Rücken und Schultern zu befühlen, um zu erkennen, wer schon mit Schnee bestäubt war. „Schon getauft?“ war die ständige Frage, wenn er seine schreckliche Hand ausstreckte. Eine ganze Reihe lag schon im Schnee, während andere in tomischer Demut vor ihm knieten, Schnee auf ihren Kopf streuten und behaupteten, die Zeremonie überstanden zu haben. Eine Gruppe von fünf Männern stand jedoch aufrecht — Hinterwälder und Grenzler, die darauf brannten zu zeigen,

daß sie es mit jedem, sogar mit Danlight aufnehmen könnten. Aber wenn sie auch die härteste Schule hinter sich hatten und Veteranen mancher harten Schlacht, Männer von Blut, Schweiß und Ausdauer waren, so fehlte ihnen doch eines, das Danlight in hohem Maße besaß — nämlich die beinahe vollkommene Zusammenarbeit von Gehirn und Muskeln. Das war an und für sich ganz einfach und nicht sein Verdienst. Diese Eigenschaft war ihm angeboren. Seine Nerven reagierten rascher als die ihren, seine Muskeln gehorchten dem Willen schneller, sie gliedern explosivstem Sprengstoff. Alle Kraft in seinem Körper schnappte sofort ein wie die Stahlfeder einer Falle. Und dazu besaß er einen Uberschuß an Kraft, wie ihn nur einer unter Millionen besitzt — eine Kraft, die nicht von Körpergröße, sondern von einer seltenen organischen Ueberlegenheit des Muskelgewebes abhing. So konnte er Wirkungen erzielen, ehe der Gegner sich überhaupt darüber klar war, was es galt und wie er Widerstand leisten konnte. Andererseits erkannte er einen gegen ihn selbst gerichteten Angriff so schnell, daß er rechtzeitig widerstehen und einen blitzartigen Gegenangriff machen konnte. „Es hat keinen Zweck, daß ihr dort stehenbleibt, Leute,“ wandte sich Harnish an die wartende Gruppe. „Ihr könnt euch ebensogut gleich werfen lassen und eure Tausche kriegen. An einem anderen Tage könnt ihr mich vielleicht schmeißen, aber an meinem Geburtstag will ich euch zeigen, daß ich der Stärkste bin. Ist das Pat Hanrahan, der so erwartungsvoll dasieht? Komm an, Pat.“ Pat Hanrahan, früherer Meisterschaftsringer und eine Kapazität in der Kunst des Raufens, trat vor. Die beiden Männer stürzten aufeinander los, doch ehe der Irländer zur Besinnung gekommen war, fand er sich in der unbarmherzigen Zange eines „Halfnelson“, der ihm Schultern und Kopf in den Schnee presste. Joe Hines, früherer Holzhauer, flog mit einer Nacht wie ein zweifüßiges Gebäude — sein Wurzelbaum wurde von einem Schlag auf den Hintern begleitet — er war geliefert, ehe er sich überhaupt hatte zurechtstellen können. Das alles schien Danlight nicht im geringsten anzustrengen. Er bedurfte keiner Vorbereitungen. Sein Körper explodierte plötzlich und mit furchtbarer Kraft, um im nächsten Augenblick wieder zu erschaffen. So wurde Doc Watson, der graubärtige, eiserne Mann ohne Vergangenheit, der sich selbst ein Schrecken war, den Bruchteil einer Sekunde vor seinem eigenen Angriff geworfen. Als er zum Sprunge ansetzte, war Danlight schon über ihm, und mit so gefährlicher Schnellig-

keit, daß er rücklings in den Schnee flog. Daß Henderson wollte den Augenblick ausnützen und stürzte sich seitwärts auf Danlight, der noch mit ausgestreckter Hand da stand, um Doc Watson wieder auf die Beine zu helfen. Aber Danlight ließ sich auf Hände und Knie fallen, so daß Duffs Knie an seiner Seite landeten. Daß nahm das Hindernis, indem er der Länge nach auf die Nase fiel. Ehe er sich erheben konnte, hatte Danlight ihn auf den Rücken gedreht, schrubbe ihm Gesicht und Ohren mit Schnee und stopfte ihm ganze Hände voll in den Nacken. „Ich bin ebenso stark wie du, Danlight!“ sprudelte Daß herüber, als er wieder auf die Füße gekommen war; „aber bei Gott, einen solchen Griff hab ich noch nicht gesehen.“ Franzosen-Louis war der Letzte der fünf, und er hatte genug gesehen, um vorsichtig zu sein. Er umkreiste Danlight eine ganze Minute, ehe er es zum Zusammenstoß kommen ließ; und eine ganze Minute rangen sie miteinander, ohne daß einer das Uebergewicht erhielt. Aber dann, gerade als der Kampf interessant zu werden begann, machte Danlight einen seiner blitzschnellen Griffwechsel und ließ gleichzeitig seine Muskeln explodieren. Der Franzosen-Louis wehrte sich, daß sein riesiger Körper krachte, und dann wurde er langsam in den Schnee gepreßt. „Der Gewinner bezahlt!“ schrie Danlight, indem er auf die Füße sprang, und eilte ins Livoli zurück. „Alle her, Leute! Hier geht's zur Giftbube!“ Sie stellten sich in einer zwei bis drei Mann tiefen Reihe an dem langen Schanztisch auf und stampften sich den Frost aus den Füßen, denn es waren sechzig Grad Kälte draußen. Bettles, der selbst der Tüchtigste einer war und manche Heldentat vollbracht hatte, unterbrach sein Lied von der „Sassafras-Wurzel“ und kam herübergeschwankt, um Danlight zu gratulieren. Über mitten drin fühlte er den Drang, eine Rede zu halten, und erhob seine Stimme. „Ich sag' euch, Kameraden, ich bin verdammt stolz drauf, daß ich Danlight meinen Freund nennen darf. Wir haben manche Schlittenreise zusammen gemacht, und er ist achtzehnarätig von den Molassins aufwärts — verdammt soll er sein, die alte Haut! Er war ein Dreifüßhoch als er ins Land kam. Aber als ihr in seinem Alter wart, wart ihr noch nicht mal trocken hinter den Ohren. Er war nie ein Säugling. Er ist als ausgewachsener Mann auf die Welt gekommen. Und ich sag' euch, damals mußte man ein Mann sein. Damals gab es noch keine marokkole Zivilisation wie jetzt.“ (Fortsetzung folgt.)



# Der Prager Wellenplan.

## Das Ergebnis der radioelektrischen Konferenz.

Die Prager radio-elektrische Konferenz, die am Sonnabend geschlossen wurde, veröffentlicht das folgende amtliche Kommuniqué:

„Die Prager radio-elektrische Konferenz der europäischen Telegraphenverwaltungen hat ihre Arbeiten mit vollem Erfolg beendet. Die Konferenz einigt sich auf den neuen Plan der Verteilung der Rundfunk-Wellenlängen. Die Grundlage dieses Planes bildete einerseits der Brüsseler Plan für die Verteilung der Wellenlängen, der von der Internationalen Radiophonischen Union der Rundfunkgesellschaften ausgearbeitet worden war, andererseits die besondere Situation des Rundfunks in einigen europäischen Ländern. Es ist natürlich, daß sich der Prager Plan in den vom Washingtoner internationalen radiotelegraphischen Vertrag vom Jahre 1927 abgesteckten Grenzen hält. Auch wenn es die gültigen internationalen Abkommen nicht erlaubten, sämtliche Forderungen jedes einzelnen Staates betreffs Zuteilung der Wellenlängen vollkommen zu befriedigen, bedeutet nichtsdestoweniger der neue Plan, der den Namen Prager Plan erhielt, eine wesentliche Besserung des gegenwärtigen Standes. Diese Verbesserung ist im Geiste der Verständlichkeit und des gegenseitigen Verständnisses, von welchem alle Delegationen durchdrungen waren, entstanden. Der Prager Plan der Wellenlängenverteilung soll am 30. Juni d. J. Geltung erlangen. Es müssen allerdings die notwendigen technischen Vorbereitungen vorangehen. Die notwendigen Beschränkungen, denen der Rundfunk im Hinblick auf die Bedürfnisse der übrigen radiotelegraphischen Dienste unterworfen ist, verpflichten allerdings jede Rundfunkstation, die den neuesten Fortschritten vollkommen angepaßte Technik anzuwenden, insbesondere soweit es sich um die Stabilität der Wellen handelt. Neue Möglichkeiten für einen weiteren Fortschritt des Rundfunks kann nur eine ständige technische Vervollkommnung gewähren. Es muß aber erwogen werden, daß diese Möglichkeiten noch lange beschränkt bleiben und noch lange nicht gefaßt werden, ein gutes Abkommen der über dem normalen Aktionsradius befindlichen Stationen zu garantieren. Es war daher

nicht richtig, von der Technik mehr zu verlangen, als sie bei ihrem gegenwärtigen Stand gewährleisten konnte. Das einzige Bestreben der auf diesem Gebiete Arbeitenden soll es sein, die Interessen jener Mehrheit der Rundfunkhörer zu schützen, welche sich im großen und ganzen mit dem Abhören der Ortstationen zufriedenstellen.

Der Plan teilt u. a. zu	an Deutschland:
Frequenz Kilohertz:	Annähernde Wellenlänge in Metern:
183,5	1635
527	572
536	560
563	533
635	473
716	418
770	390
808	372
833	360
923	325
1085	276
1157	259
1184	253
1256	239
13019	227
581	517
851	352
545	550
1430	210
878	487
617	342
1022	293
1078	279
1139	263
1202	250

\*) Gemeinjam mit Limoges-Frankreich.

## Elf Messerfische!

### Eine Folge der Sonntagsneiperer.

Wegen gefährlicher Körperverletzung wurden der 21jährige Arbeiter Walter G. zu einem Jahre, der 24jährige Kaufmann Heinrich W. zu 6 Monaten Gefängnis vom Schöffengericht Berlin-Mitte verurteilt.

Eine Berichtskorrespondenz schreibt: G. befand sich mit Freunden am Abend des 8. Juli in einem Lokal in der Koppenstraße und geriet mit einem Zementarbeiter Th. in Streit, in dessen Verlauf er von diesem eine Ohrfeige bekam. Zeugen beobachteten, daß G. nun auf der Toilette ein dreifünftiges Stillett aus der Umhüllung herauszog und in die Brusttasche steckte. Hinterher stieß er Drohungen gegen Th. aus. Der Wirt des Lokals wollte einen Streit vermeiden und wies Th. als den Angreifer hinaus. Die Angeklagten und ein unbekannt gebliebener Freund verfolgten Th. aber, und Th. stieß ihm den Dolch in den Leib. Th. stürzte darauf in einen Hausrast und wurde dort von B. mit irgendeinem Gegenstand geschlagen. Dann warf sich G. auf sein Opfer und stieß blindlings auf den am Boden Liegenden ein. Th. hat 17 Wochen krank gelegen und leidet noch heute an den Folgen der elf Stiche, die er erhalten hat.

So sagt der nüchterne Bericht. Elf Messerfische und 18 Monate Gefängnis wegen eines Stillettes in der Axtelpe! Der 8. Juli 1928 war ein Sonntag: Wegen eines Kratzeis, der nur durch den Siff zu so schlimmen Folgen führte, bösen drei junge Profetarien an Leib und Seele. Die Tage vom Freitag bis zum Sonntag gollten immer mit Recht als gefährlich. Wohin man gefehnde Selbstbeherrschung führt, zeigt wieder einmal dieser Fall.

## Um 500 000 Mark beschwindelt.

### Ungedachte Schecks und faule Wechsel.

Von einem Großschwindler sind Textilfirmen um erhebliche Summen betrogen worden. Ein Mann in der Mitte der dreißiger Jahre, der sich S. heißt nannte, und sich für einen Engländer ausgab, kaufte große Mengen Stoffe aller Art auf und zahlte mit Schecks oder Wechseln, für die keine Deckung vorhanden war. Die Sendungen sollten an seine Adresse in London C. G. 2. Gresham Street gehen. Hier hat der angebliche Hecht sie, wie ein Betrogenen feststellte, sofort zu Schleuderpreisen verkauft. Es ergab sich weiter, daß der Name Hecht vermutlich fingiert ist. Eine Firma des Namens gibt es überhaupt nicht. Der angebliche Hecht soll sich seit einem Jahre in London aufhalten, doch kein Wort Englisch sprechen. Allem Anscheine nach handelt es sich um einen internationalen Betrüger, der auf Kosten gutgläubiger Kaufleute ein flottendes Leben führt. Soweit bisher bekannt geworden ist, hat er Stoffe im Werte von 500 000 Mark an sich gebracht. Es scheint aber, als ob die Firmen an ihrem Vech nicht unzufriedig sind. Wenn ein schlichter Arbeiter oder ein kleiner Angestellter etwas auf Abzahlung haben will, dann ist er nicht kreditwürdig! Einem falschen Engländer aber schmeißt man Hunderttausende nach.

## Zwei amerikanische Mörder gesucht.

### Ein Weißer und ein Neger.

Im Rittfahndung nach zwei Mördern, einem Weißen und einem Neger, haben die amerikanischen Behörden jetzt auch die Berliner Kriminalpolizei ersucht, da verschiedene Anzeichen darauf hindeuten, daß die Tächtigen sich nach Deutschland gewandt haben.

Der eine Verfolgte ist ein 41 Jahre alter John Teal, der im Jahre 1918 eine junge Schullehrerin ermordete und sich bisher in Amerika verborgen hielt. Für seine Ergreifung ist eine Belohnung von 1000 Dollar ausgesetzt. Teal ist 1,80 Meter groß und schlank, hat rotbraune Gesichtsfarbe, braunes Haar und schmale enge Lippen. Besondere Kennzeichen sind das Fehlen der Kruppe am linken Zeigefinger und eine Narbe an der linken Nackenseite. Teal wird im Falle der Festnahme an den Scheriff in Wulfschloe in Texas ausgeliefert werden. — Der zweite Mörder hat der zweite Schwerverbrecher auf dem Kerkerhof, der vom Scheriff in Clarendon (Texas) gesucht wird. Es ist der 28 Jahre alte Neger Shirley Dozier, der ein weißes Ehepaar und dessen beide Kinder in bestialischer Weise ermordete. Dozier, der im Bezirk der Velselder aufgewachsen ist und dort auch gearbeitet hat, ist 1,75 Meter groß. Er hat eine Vorliebe für

## Arbeiterbildungsschule! Kursus für Leselehrer, Schöffen, Beisitzer. Heute, Mittwoch, 19 1/2 Uhr, Lindenstr. 3, B. Hof links. Reichstagsabg. Richard Lipinski spricht über das Mietrecht

Base-Ball und andere Sportarten. Eine bemerkenswerte Angebotszahl ist bei ihm, daß er lebhaft mit den Augen rollt, ohne dabei den Kopf zu bewegen. Auch für die Ergreifung dieses Regers sind 1000 Dollar Belohnung ausgeschrieben. Nachrichten über das Auftauchen der Gefuchten nimmt in Berlin Kriminalkommissar Johannes Müller bei der Rordinspektion A des Polizeipräsidiums entgegen.

## Unerwarteter Freispruch.

### „Wirtschaftsrau“ erlebt eine unverdiente Freude.

Zu einem überraschenden Freispruch, der dem Angeklagten selbst so überraschend kam, daß er vor Staunen zunächst ganz starr war, kam es vor dem Erweiterten Schöffengericht Neukölln.

Dort war wieder einmal der schon mehrfach vorbestrafte frühere Bücherrevisor Herbert Krause wegen zahlreicher Kreditfalschungen angeklagt. Unter der Firma „Wirtschaftsrau“ hat dieser Angeklagte schon seit langem die Geschäftswelt erheblich geschädigt und ist auch mehrfach deswegen bestraft worden. Der Staatsanwalt beantragte gegen Krause wegen seiner Gewissenlosigkeit eine Strafe von 1 Jahr und 3 Monaten Gefängnis. Der Angeklagte rechnete auch mit seiner Bestrafung und hat nur um mildere Beurteilung. Um so überraschender war es für alle Prozeßbeteiligten, am meisten für den Angeklagten, als das Gericht nach längerer Beratung zurückkam und verkündete, daß das Verfahren zur Einstellung gelange. Es hatte sich nämlich aus den Akten ergeben, daß „Wirtschaftsrau“ erst im Dezember wegen Betruges zu vier Wochen Gefängnis verurteilt worden war. In diesem rechtskräftig gewordenen Urteil war eine fortgesetzte Handlung angenommen worden, so daß auch die jetzt in Neukölln abgeurteilten Fälle als Glieder der Kette der fortgesetzten Handlungen betrachtet werden mußten. Für das Gericht bot sich daher keine Handhabung zu einer weiteren Bestrafung des Angeklagten. Es mußte daher auch zugleich mit der Freisprechung der gegen ihn bestehenden Haftbefehle aufgehoben werden.

## Dem 100 000. Berliner Auto entgegen

### 3300 Zulassungen im März. — 85 840 Fahrzeuge.

Trotz des überaus kalten März hat die Zahl der Kraftfahrzeug-Zulassungen, die das Berliner Kraftfahrereisamt in diesem Monat vornahm, sich gegenüber dem Februar mehr als verdreifacht. Im Februar wurden insgesamt 1004 Fahrzeuge vorgeführt, im März waren es 3364. Der Kraftfahrzeugbestand der Reichshauptstadt erreichte am 1. April die Rekordziffer von 85 840, das bedeutet gegenüber dem 1. März mit 83 314 eine Steigerung um 2526 Stück.

Die größte Zunahme an Bestand weisen die Motorräder auf. Die Zahl der Kraftfahrzeuge stieg von 18 446 am 1. März auf 19 709 am 1. April. Die Zahl der Personenkraftwagen nahm um 744 zu. Es wurden am 1. März 39 594, am 1. April 40 338 Wagen gezählt. Die Zahl der Omnibusse blieb fast unverändert, dagegen ist die der Droschken von 9135 auf 9105 zurückgegangen. Auch die Lastkraftwagen weisen eine neue Steigerung auf: Am 1. März gab es 14 662, am 1. April 14 948.

## 25 Jahre Reform-Realgymnasium Weißensee.

Das 25jährige Bestehen des Reform-Gymnasiums Berlin-Weißensee wurde von der Schule durch die Wiedergabe der Komödie Molières „Der Bürger als Edelmann“ in der Stadthalle gefeiert. Den altpädagogischen Kopf schreit auch diese Schule abgelegt zu haben, denn was die Schüler als Schauspieler vor Übermut anstellen und unter zweckföhrerlicher Nachrede der Zuhörer zum Besten geben, wäre zweifellos auf einem alten Gymnasium nie geduldet worden. Unter Leitung des Studentrats, Genossen Dr. Hindemann, wurde die Komödie famos

Reichstagsabgeordneter Schreck-Bielefeld spricht am Donners'ag, dem 18. April 1929, 19 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engeluler 24-25, in einer Versammlung der parteigenösslichen Sportler über das Thema: „Sport und Partei“ Alle SPD-Sportler müssen anwesend sein / Der Bezirksvorstand

miedergegeben, mit Einlagen übrigens von vorzüglichen Turnerkunststücken und Ballet ausführenden. Von den Pseudoschauspielern nach besonders Herbert Reuendorf als Herr Jourdain mit dem Pflagma eines Parvenüs heroor und Rudi Lehmann als Diener Coquelle, dessen schalkhaft drolliges Wesen in Erico Jouin als das Dienstmädchen Nicole einen trefflichen Widerpart fand. Auch Ingeborg Krndt als Frau Jourdain vertrat ihre Rolle prächtig.

## Abschied von Karl Rehse.

### Der letzte Gang eines lieben alten Freundes.

Gestern nachmittag versammelte sich im Krematorium Gerichtstraße eine ansehnliche Trauergemeinde, um dem Genossen Karl Rehse, unserem alten Rittämpfer, letztes Geleit zu geben. Das schwarzumflossene Banner der Partei war über seinem Sarg entrollt. Genosse Richard Barth gedachte der Verdienste des Toten. Karl Rehse stand seit seiner Jugend bis zum Lebensende im Dienste der Arbeiterbewegung. Aus dem Lebensbild des Verstorbenen tritt besonders seine jahrzehntelange Tätigkeit in der „Vorwärts“-Druckerei heroor. Um den Aufstieg der Druckerei hat er sich große Verdienste erworben. Seinen Kollegen war er allezeit ein guter, treuer Kamerad. Genosse Barth dankte dem Toten für die Belegschaft und die Geschäftsleitung der „Vorwärts“-Druckerei. Dank sagte er auch im Auftrage der 13. Abteilung der Partei, des Buchdruckerbundes und des Gesangsvereins „Typographia“ Musikalische Darbietungen und Gesangsbeiträge des Buchdruckerbundesvereins „Typographia“ umrahmten die schlichte Gedächtnisfeier. Die Fülle der Ränze zeugte für die Verehrung, die der dahingegangene Karl Rehse genossen hat.

## Die Schorfheide als Nationalpark.

In einer kleinen Anfrage einiger kommunistischer Landtagsabgeordneter wurde vor kurzem behauptet, die preussische Staatsforstverwaltung beabsichtige, die herrlichen Uferwege am Werbellinsee zu beseitigen und am See entlang eine Autostraße zu bauen. Diese Maßnahme solle durchgeführt werden, um den quer durch die Schorfheide führenden Pflasterdamm Joachimshaus-Groß-Schönebeck im Interesse der Wildhege absperrern zu können. Es verlautete, daß die Absperrung des Pflasterdamms auf Wunsch des Ministerpräsidenten Dr. Braun erfolge, damit die Schorfheide einen besseren Jagdgrund abgebe. Es dürfte in einer Zeit, die sich immer stärker auf Naturschutz einstellt, und unter der Präsidentschaft eines Mannes, der wie Braun selber ein begeisterter Naturfreund ist, ohne weiteres als ausgeschlossen gelten, daß die von den Kommunisten befürchteten Maßnahmen zur Ausführung kommen. In der Tat verhält es sich auch so. Weder wird der Pflasterdamm gesperrt noch werden die Uferwege beseitigt, noch wird eine Autostraße durch die Forst gebaut.

Es wäre aber sehr gut, wenn derart seltene und auch heute noch eigenartige Natur- und Waldgebiete, wie es die Schorfheide um den Werbellinsee ist, endlich als Nationalpark ausgewiesen werden, was ja eine vorsichtige Wald- und Wildnutzung keineswegs ausschließen braucht, aber doch verhindert, daß auf dem bei uns nicht unbekanntem „Verwaltungsweg“ Veränderungen vorgenommen werden, die sie ihres eigentlichen Charakters berauben.

## Auf dem Eise eingebrochen.

Selt dem 7. Dezember wurde der 26 Jahre alte Buchbinder Adolf Skirbe vermißt, der mit seiner Mutter in der Kochstraße in Berlin wohnte. Der junge Mann erfernte sich an jenem Tage aus der Wohnung und kehrte nicht zurück. Gestern landete man aus einem Gewässer im Tiergarten die Leiche. Nach Papiere erkannte man in dem Toten den Vermissten. Wahrscheinlich ist er bei einem Spaziergange zur Zeit, als noch Eis lag, eingebrochen und ertrunken.

Sprechchor für proletarische Feiertagen. Übungsstunde: Donners'ag, 18. April, im Gelangsaal Schule Weinmeisterstr. 16/17. Kinder um 7 Uhr, Erwachsene um 8 Uhr abends.

Das Grabdenkmal für Kugelrod und Martow am Krematorium Gerichtstraße wird nicht Mittwoch, sondern Freitag, dem 19. d. M., 17 Uhr, feierlich enthüllt.

Unserem gestrigen Bericht über die Jugendausstellung in Neukölln, Bergstraße 29, ist noch nachzutragen, daß auch das Reichsbanner im Raum 2 mit geschmackvollen Arbeiten vertreten ist.

## Sport.

### Kennen zu Mariendorf am Dienstag, dem 16. April.

1. Rennen. 1. Orloy (H. Wills), 2. Lindengold, 3. Meisterstück. Toto: 19:10. Platz: 14, 15, 21; 10. Ferner liefen: Krotzsch, Orientale, Wipplig, Oshorn, Grl. Seehof, Eiß Dillan, Baron Gubler, Galma, Gella Imola.
2. Rennen. 1. Korbes (H. Grundl), 2. Mendura, 3. Brauchmährs Tochter. Toto: 31:10. Platz: 11, 11, 11; 10. Ferner liefen: Waldknepfe, Quittschietl, Bloemund, Cila Dswalda, Oberantmann.
3. Rennen. 1. Planer (H. Kupper), 2. Nidju, 3. Lombardi. Toto: 17:10. Platz: 13, 24, 28; 10. Ferner liefen: Glento, Pulig, Wälden, Gellebade, Vitrus, Langmattel, Carl Alexander.
4. Rennen. 1. Demophane (Ed. Wills), 2. Kammeiländer, 3. Champion Goub. Toto: 27:10. Platz: 82, 46, 92, 98; 10. Ferner liefen: Erdbrunn jr., Rudi, Marico, Dawson Watts, Fredepub 14, Wood Sox, Fichtung, Weinbrand, Roblenstein, Armentier, Cosimo, Abdullah Süser, Baroneter, Flaggelied Rm. Nidju, Opt. Gabe, Florian, Feß.
5. Rennen. 1. Deini Dulla (H. Wills), 2. Turandot, 3. Nephilo. Toto: 37:10. Platz: 16, 18, 16; 10. Ferner liefen: Rafadu I, Doga Burton, Gierde, Calore, Roblenstein, Roblesse, Diana Nagovan, W.
6. Rennen. 1. August (H. Wills), 2. Krunil, 3. Lindenwittin. Toto: 78:10. Platz: 82, 60, 98; 10. Ferner liefen: Konarch I, Graniet, Königshaber, Belwin, Luitl quail, Querolatos, Bedenklinger.
7. Rennen. 1. Tabbie (H. Wills), 2. Wep, 3. Heinrich. Toto: 15:10. Platz: 11, 18, 17; 10. Ferner liefen: Oberleutnant, Marone, Beracampob, Elira, Opermänger, Gailenstein, Albrecht Dürer (abgr.).



Wir verdienen Ihr Vertrauen!

Darum mit Dr. Thompsons Seifenpulver einweichen und mit Ozonil kochen





8. Rennen. 1. Wöglar (Rudolphstr.), 2. Selamit, 3. Idealstr.  
Foto: 25: 10. Platz: 15, 27, 29, 31: 10. Ferner: Kaimmer, Arala,  
Biermann, Kellapage, Rana, Tabara, Katalor, Barbara, Bruma,  
domna, Barone G., Schöpfung, Sabana, Kippjage, May de Vol, Rudolph  
von.  
9. Rennen. 1. Signal (V. Finn), 2. Rechts Liebe, 3. König Lear.  
Foto: 61: 10. Platz: 14, 15, 16. Ferner: Derao Louis, Bronze,  
Goubier jr., Sannaballst, Ber alpera, Abendstein, Norgentau, Edgard.

## Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einrichtungen für diese Rubrik sind  
Berlin SW 61, Lindenstraße 3.

- 1. Kreis Mitte. Arbeitervereine. Duerger, III, kleines Saal links. Donnerstag, 18. April, 20 Uhr, in der Johannstraße, 14-16. Vortrag: Die soziale und wirtschaftliche Lage in China. Referent: J. Bauer. Referent: Franz Schell.
- 2. Kreis Friedrichshagen. Arbeitervereine. Duerger, III, kleines Saal links. Donnerstag, 18. April, 20 Uhr, in der Johannstraße, 14-16. Vortrag: Die soziale und wirtschaftliche Lage in China. Referent: J. Bauer. Referent: Franz Schell.
- 3. Kreis Prenzlauer Berg. Arbeitervereine. Duerger, III, kleines Saal links. Donnerstag, 18. April, 20 Uhr, in der Johannstraße, 14-16. Vortrag: Die soziale und wirtschaftliche Lage in China. Referent: J. Bauer. Referent: Franz Schell.
- 4. Kreis Friedrichshagen. Arbeitervereine. Duerger, III, kleines Saal links. Donnerstag, 18. April, 20 Uhr, in der Johannstraße, 14-16. Vortrag: Die soziale und wirtschaftliche Lage in China. Referent: J. Bauer. Referent: Franz Schell.
- 5. Kreis Friedrichshagen. Arbeitervereine. Duerger, III, kleines Saal links. Donnerstag, 18. April, 20 Uhr, in der Johannstraße, 14-16. Vortrag: Die soziale und wirtschaftliche Lage in China. Referent: J. Bauer. Referent: Franz Schell.

### Heute, Mittwoch, 17. April, 19 1/2 Uhr:

- 1. Kreis Mitte. Arbeitervereine. Duerger, III, kleines Saal links. Donnerstag, 18. April, 20 Uhr, in der Johannstraße, 14-16. Vortrag: Die soziale und wirtschaftliche Lage in China. Referent: J. Bauer. Referent: Franz Schell.
- 2. Kreis Friedrichshagen. Arbeitervereine. Duerger, III, kleines Saal links. Donnerstag, 18. April, 20 Uhr, in der Johannstraße, 14-16. Vortrag: Die soziale und wirtschaftliche Lage in China. Referent: J. Bauer. Referent: Franz Schell.

### Morgen, Donnerstag, 18. April:

- 1. Kreis Mitte. Arbeitervereine. Duerger, III, kleines Saal links. Donnerstag, 18. April, 20 Uhr, in der Johannstraße, 14-16. Vortrag: Die soziale und wirtschaftliche Lage in China. Referent: J. Bauer. Referent: Franz Schell.
- 2. Kreis Friedrichshagen. Arbeitervereine. Duerger, III, kleines Saal links. Donnerstag, 18. April, 20 Uhr, in der Johannstraße, 14-16. Vortrag: Die soziale und wirtschaftliche Lage in China. Referent: J. Bauer. Referent: Franz Schell.

109. WM. Friedrichshagen. 20 Uhr im Gesellschaftshaus Friedrichshagen 137, große öffentliche Kundgebung. Vortrag: Die Sozialdemokratie in der Reichsregierung. Referent: Reichsminister des Innern, Herr Goerding. Der Vortrag wird von Ortsgruppenleiter des Arbeiter-Schulungsausschusses „Einigkeit“ amnestisch werden.

### Frauenveranstaltungen.

- 1. Kreis Friedrichshagen. Beginn der Frauenvereine. Donnerstag, 18. April, 19 1/2 Uhr, bei Krugmann, Kiemer Str. 61. Thema: „Geschichte des Sozialismus“.
- 2. Kreis Prenzlauer Berg. Beginn der Frauenvereine. Donnerstag, 18. April, 19 1/2 Uhr, bei Krugmann, Kiemer Str. 61. Thema: „Geschichte des Sozialismus“.

1. Kreis Prenzlauer Berg. Beginn der Frauenvereine. Donnerstag, 18. April, 19 1/2 Uhr, bei Krugmann, Kiemer Str. 61. Thema: „Geschichte des Sozialismus“.

- 24. WM. Deute. Mittwoch, 17. April, 20 Uhr, bei Schöber, Rasthausstr. 26. Vortrag: Die soziale und wirtschaftliche Lage in China. Referent: J. Bauer. Referent: Franz Schell.
- 107. WM. Kollwitz-Str. 10. Donnerstag, 18. April, 19 1/2 Uhr, bei Kollwitz, Kollwitz-Str. 10. Vortrag: Die soziale und wirtschaftliche Lage in China. Referent: J. Bauer. Referent: Franz Schell.
- 110. WM. Grünau. Freitag, 19. April, 20 Uhr, bei Berner, Rasthausstr. 26. Vortrag: Die soziale und wirtschaftliche Lage in China. Referent: J. Bauer. Referent: Franz Schell.
- 111. WM. Kollwitz-Str. 10. Donnerstag, 17. April, 20 Uhr, bei Berner, Rasthausstr. 26. Vortrag: Die soziale und wirtschaftliche Lage in China. Referent: J. Bauer. Referent: Franz Schell.

### Bezirksausschuss für Arbeiterwohlfahrt.

- 1. Kreis Prenzlauer Berg. Große Wohlfahrtssitzung aller in der Wohlfahrt tätigen Genossenschaften am Freitag, 19. April, 19 1/2 Uhr, im Lohndorfer, Rasthausstr. 26. Referent: Genosse Fackel, Vorsitzender der SPD-Bezirkskommission. Thema: Die soziale und wirtschaftliche Lage in China. Referent: J. Bauer. Referent: Franz Schell.
- 2. Kreis Friedrichshagen. Große Wohlfahrtssitzung aller in der Wohlfahrt tätigen Genossenschaften am Freitag, 19. April, 19 1/2 Uhr, im Lohndorfer, Rasthausstr. 26. Referent: Genosse Fackel, Vorsitzender der SPD-Bezirkskommission. Thema: Die soziale und wirtschaftliche Lage in China. Referent: J. Bauer. Referent: Franz Schell.

### Jungsozialisten.

- 1. Kreis Prenzlauer Berg. Jungsozialisten. Donnerstag, 17. April, 19 1/2 Uhr, im Jugendheim, Rasthausstr. 26. Vortrag: Die soziale und wirtschaftliche Lage in China. Referent: J. Bauer. Referent: Franz Schell.
- 2. Kreis Friedrichshagen. Jungsozialisten. Donnerstag, 17. April, 19 1/2 Uhr, im Jugendheim, Rasthausstr. 26. Vortrag: Die soziale und wirtschaftliche Lage in China. Referent: J. Bauer. Referent: Franz Schell.

### Geurtslage, Jubiläum usw.

- 117. WM. Kollwitz-Str. 10. Donnerstag, 18. April, 19 1/2 Uhr, im Lohndorfer, Rasthausstr. 26. Vortrag: Die soziale und wirtschaftliche Lage in China. Referent: J. Bauer. Referent: Franz Schell.

### Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

- 94. WM. Kollwitz-Str. 10. Donnerstag, 18. April, 19 1/2 Uhr, im Lohndorfer, Rasthausstr. 26. Vortrag: Die soziale und wirtschaftliche Lage in China. Referent: J. Bauer. Referent: Franz Schell.

### Vorträge, Vereine und Versammlungen.

- 1. Kreis Prenzlauer Berg. Arbeitervereine. Duerger, III, kleines Saal links. Donnerstag, 18. April, 20 Uhr, in der Johannstraße, 14-16. Vortrag: Die soziale und wirtschaftliche Lage in China. Referent: J. Bauer. Referent: Franz Schell.
- 2. Kreis Friedrichshagen. Arbeitervereine. Duerger, III, kleines Saal links. Donnerstag, 18. April, 20 Uhr, in der Johannstraße, 14-16. Vortrag: Die soziale und wirtschaftliche Lage in China. Referent: J. Bauer. Referent: Franz Schell.
- 3. Kreis Prenzlauer Berg. Arbeitervereine. Duerger, III, kleines Saal links. Donnerstag, 18. April, 20 Uhr, in der Johannstraße, 14-16. Vortrag: Die soziale und wirtschaftliche Lage in China. Referent: J. Bauer. Referent: Franz Schell.
- 4. Kreis Friedrichshagen. Arbeitervereine. Duerger, III, kleines Saal links. Donnerstag, 18. April, 20 Uhr, in der Johannstraße, 14-16. Vortrag: Die soziale und wirtschaftliche Lage in China. Referent: J. Bauer. Referent: Franz Schell.
- 5. Kreis Prenzlauer Berg. Arbeitervereine. Duerger, III, kleines Saal links. Donnerstag, 18. April, 20 Uhr, in der Johannstraße, 14-16. Vortrag: Die soziale und wirtschaftliche Lage in China. Referent: J. Bauer. Referent: Franz Schell.

**STAATL. FACHINGEN**  
Mittelsches Markenwasser

**Das Gesundheitswasser!**

Fachinger Versandstelle, Berlin SW 11  
Schöneberger Str. 16a. Tel. Lützow 4360-61

# Sozialdemokratie und Volksschule

## Die Erziehungsfrage als soziale Aufgabe.

Der Preussische Landtag legte am Dienstag die zweite Lesung des Etats des Unterrichtsministeriums vor.  
Abg. Rhode (Wirtschaftsp.) protestiert im Namen des Mittelstandes gegen die übertriebenen Forderungen der Schulinteressen, insbesondere die Herabsetzung der Klassenfrequenz. Sein Verlangen ist so großem Maße zur Ueberbehinderung der Lehrerbereifung (Wahlweise Zustimmung rechts).  
Abg. Ley (Nat.-Soz.): Der Endkampf um Deutschlands Zukunft wird ausgefochten werden zwischen der nationalbewussten christlichen Jugend und dem jüdischen Marxismus.

### Abg. Frau Jourdan (Soz.):

Alle Redner der Rechten haben einen konzentrischen Angriff gegen alle Schularten geführt, die nicht konfessionell gebunden sind, seien es weltliche oder Simultanschulen oder handele es sich um die Anstellung diffidentischer Lehrer. Wir sind Anhänger der großen einheitlichen Volksschule und behaupten nicht heute noch ausdrücklich, daß sie sich in der Weimarer Verfassung nicht als Grundgesetz hat durchsetzen lassen. Wir sind überzeugt, daß in dieser Schule jedes religiöse Empfinden, hinter dem sich nicht Nachprüfungen fremder Art verbergen, zu seinem vollen Recht gekommen wäre. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wir vertreten auch das Recht der weltlichen Schule. Der Zentrumsführer Professor Lauffer hat erklärt, er wolle die Sammelstellen nicht an sich bekämpfen, sondern nur den Standpunkt des Ministeriums, daß sie auch gegen den Widerspruch der Gemeinden eingerichtet werden könnten. Aber wenn man die weltliche Schule nicht mehr gegen den Widerspruch reaktionärer Gemeindegemeinschaften durchsetzen kann, dann wird man sie bei der gegenwärtigen Zusammenlegung der Schuldeputationen so gut wie nirgends durchsetzen können. (Wahlweise Zustimmung bei den Soz.)

### Den Widerstand gegen die Konfessionsschule hat die Konfessionsschule selbst großgezogen.

Hätte sie sich nicht in solchem Ausmaße zur geistigen Anbelangung hergegeben, so wäre der Widerstand gegen die konfessionelle Beschulung in der Arbeiterschaft niemals so stark geworden wie er heute ist. Nicht wir haben die Religion in der Schule degradiert, sondern die Konfessionen haben sich selbst degradiert. Darum wächst von Jahr zu Jahr die Zahl der Anhänger der weltlichen Erziehung (Unruhe im Zentrum) und auch ein vorübergehender Rückschlag würde uns an dieser Tendenz der Entwicklung nicht irremachen.

Die kulturelle Aufgabe der Schulerziehung erblicken wir nicht in der Heraushebung einzelner, sondern in der Hebung des gesamten kulturellen Niveaus des Volkes, das heißt in erster Reihe in der Hebung des Niveaus der Volksschule. (Sehr gut b. d. Soz.)

Diese Volksschule soll nach unserem Willen nicht Drill- und Lernschule, sondern Arbeitsschule sein, die Kinder des Volkes sollen denken lernen, nicht nutzlose rein formale Bildungsarbeit leisten. Jahre des Lebens könnte man den Volksschülern sparen, wenn man eine vernünftigmäßige neue Rechtschreibung einführt. Man bilde sich nur nicht ein, im neuen demokratischen Staat mit den alten Methoden des Drills die neuen Staatsbürger erziehen zu können! (Sehr wahr! bei den Soz.)

Zur Republikanisierung der Volksschule genügt es nicht, wenn aus den Schulbüchern ein paar republikanische Aeußerungen notwendig herausgestrichen werden. Mit einer so blassen und mageren Auffassung der Republik gewinnt man ihr die Herzen der Jugend nicht. (Unruhe rechts.) Wollte sich in diesem Zusammenhang einmal das republikanische Zentrum darum, daß in der katholischen Mädchenschule in Essen den Schülerinnen als Aufsichtsbücher ein „Dank- und Huldigungsbrief an Mussolini“ gegeben worden ist (Hört, hört! links). Die Aufsicht der Regierungen über die Volksschule müßten wir nicht ausgeartet zu sehen in steinige Stillschließungsstellen. Vor mir liegt ein Briefwechsel mit einer Regierung, der dadurch entstanden ist, daß ein Schulanwärter wegen Geburt seines Kindes um eine Unterfügung einkam.

Daraufhin hat die Regierung angeordnet, den Schulanwärter darüber zu vernehmen, wie es komme, daß er am 13. Mai geheiratet habe und am 28. Oktober das Kind geboren sei. (Heiterkeit.)

Tief zerknirscht hat der Hospitant ausgegeben, daß das Kind vorehelich gezeugt sei, und die Regierung hat ihm darauf eröffnet, daß sie mit großem Mißfallen von diesem Zustandsstand Kenntnis nehme und hoffe, daß er sein Vergehen durch eine ernste und würdige Lebensführung wieder gutzumachen bestrebt sein werde. (Erneute Heiterkeit.) Da dieser Schulanwärter inzwischen geheiratet hat, bin ich überzeugt, daß er kein voreheliches Kind mehr bekommt. (Große Heiterkeit.) Aber diese moralischen Vorhaltungen dürften ihn um so weniger gebessert haben, als ihm nach einigen Wochen die Regierung mitgeteilt hat, daß sie für die beantragte Unterfügung kein Geld zur Verfügung hätte. (Bewegung.)

Bei solcher Einstellung wird man aus der sittlichen Not unserer Zeit gewiß nicht herausfinden. Nach unserer Auffassung haben Schule und Elternhaus in englischer Arbeitsgemeinschaft die Jugend aufzuklären. Auch die Gegner der jeweiligen Auffassung kommen

eben über die Tatsache nicht hinweg, daß die 14-jährigen Kinder aus der Schule heraus in ein Leben gestossen werden, in dem sie in einem Schmutz geraten von dem sie vielfach gar keine Ahnung gehabt haben. Sicherlich werden diese Kinder besser von dem Lehrer in der Volksschule vor ihrem Abgang aufgeklärt, als nachher in den Betrieben, in denen leider, wie ich aus eingehenden Verhandlungen mit unseren Betriebsräten weiß, noch oft Unflirtlichkeit und Rohheit sich recht breit machen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Gegenüber den vielfachen Klagen über den sittlichen Niedergang der Jugend darf auch nicht übersehen werden, daß nirgendwo mit größerem Ernst und größerer Gewissenhaftigkeit die sittlichen Fragen unserer Zeit erörtert und geprüft werden, als gerade in den sozialistischen Jugendorganisationen. (Wahlweise Zustimmung bei den Soz.)

### Die Erziehungsfrage als Ganzes ist und bleibt vor allem eine soziale Aufgabe.

Die Leistung jedes einzelnen Schulkindes hängt doch aufs engste damit zusammen, wie das Kind wohnt, ob es ein Bett hat, wie es ernährt wird. (Sehr wahr! bei den Soz.) Und endlich die Frage der parteipolitischen Stellenbelegung in der Schulverwaltung! Wenn wir in diesen Tagen hier die parteipolitischen Anordnungen der Vertreter der Reichtsparteien vorlesen hören, dann erscheint es uns mehr wie je im Interesse einer fortschrittlichen, freiheitlichen und modernen Pädagogik zu liegen, daß die gesamte Erziehung von der Volksschule bis zur höchsten Spitze der Schulverwaltung mit sozialistischem Geiste erfüllt wird. (Wahlweise Zustimmung bei den Soz.)

Abg. Lukassow (Dnat.) beklagt die zunehmende Politisierung der Schule und fordert das Zentrum auf, doch endlich nur mit den Parteien zusammenzugehen, die fest auf dem Boden der christlichen Volksschule stehen.

Abg. Linneborn (Z.): Wir haben die christliche Schule stets wirksam verteidigt und ihre Interessen gut gewahrt. Aber wir verstehen eben unter Christentum doch etwas ganz anderes als den rohen Antikommunismus der Nationalsozialisten, der einfach eine Schande für das deutsche Volk ist. (Lärm rechts.) Auf derartige Bundesgenossen im Kampf für die christliche Schule wird das Zentrum auch in Zukunft lieber Verzicht leisten. (Bravo! links und in der Mitte.)

Abg. Gruter (Wirtschaftsp.) tritt für das Konkordat als eine Forderung auf, die nicht dem Zentrum angehörtigen Katholiken ein. Die Beratung des Konkordats wird unterbrochen. Es folgt die Stellungnahme zu dem

### Einpruch des Staatsrats gegen die Gewerbesteuer und Berufssteuer.

Die zum ersten Male auch die freien Berufe mit umfaßt.  
Abg. Konrad (Dnat.): Wir werden geschlossen gegen die Gewerbesteuer stimmen, lediglich im Interesse des Mittelstandes, denn nur die Abweichung der Gewerbesteuer eröffnet die Aussicht, noch in diesem Jahre die unerträglich überhöhte Belastung des Mittelstandes abzubauen. (Lachen beim Zentrum und in der Wirtschaftspartei.)

Abg. Ladendorff (Wirtschaftsp.): Wollte man die Gewerbesteuer abschaffen, und für meine Partei ist das eine der dringlichsten Forderungen, dann müßte man den Gemeinden das Recht geben, Einkommensteuernzuschläge zu erheben. Zur Erreichung dieses Zieles bildet die Einbeziehung der freien Berufe in die Gewerbesteuer einen Uebergang (Widerstand und Lärm rechts). Wir werden deshalb gefachlos für die Einbeziehung der freien Berufe in die Gewerbesteuer eintreten.

Abg. Kaufmann-Elberfeld (Nat.-Soz.): Wir lehnen jede Steuer als revolutionäre Oppositionspartei ab.

Abg. Becker-Wilmersdorf (Komm.): (mit ironischen Jurufen: Der andere Revolutionäre! empfangen): Wir fürchten, daß die Steuer letzten Endes auf die Arbeiter abgewälzt wird. Schuld an der ganzen Situation ist die Verhinderung der Sozialdemokratie. (Lachen bei den Soz.)

### Abgelehnt!

In der Abstimmung werden 400 Stimmen abgegeben. Eine Karte lautet auf Stimmenthaltung. Mit Ja stimmen 232, mit Nein 167 Abgeordnete. Zur Zurückweisung des Einpruchs des Staatsrats wäre eine Zweidrittelmehrheit, also 268 Stimmen erforderlich. Diese Zweidrittelmehrheit ist nicht erreicht, die gesamte Gewerbesteuerreform ist also abgelehnt.

Es folgen die Abstimmungen zum Etat der Bergbauverwaltung. Angenommen werden eine ganze Reihe von Untertaxen des Hauptauschusses. So werden beschlossen vier neue Grubenkontrolloren bei den Bergrevierämtern, ein Verbot der Revierprämissen, ein Verbot, die Bergarbeiter während des Arbeitsvorganges mit der Stoppuhr zu kontrollieren, eine Aufforderung zur vermehrten Einrichtung von Lehrkursen für Betriebsräte. Ein Antrag an die Reichsregierung, die Siedenstundenricht für Bergleute unter Tage einzuführen, wird mit 214 gegen 148 Stimmen angenommen.

Hierauf verläßt sich das Haus auf Mittwoch vormittag.

„Geschichtskenntnisse und Her Bekämpfung“, im Jugendheim, Rasthausstr. 26, 12. Hof 11.

Sparschub, Ortsgemeinschaft Charlottenburg. Regelmäßig letzten Donnerstag im Monat um 19 1/2 Uhr Vereinslokal „Restaurant Friedrichshagen“, Charlottenburg, Berliner Str. 100 (Eingang Rindstraße), monatliche Mitgliederanwesenheit. Kostenlose Ausnahmestellung in Aufwartungsstunden. Gäste willkommen.

Verband sozialdemokratischer Arbeiter. Adresse: De. Hermann Doffe, Rasthausstr. 26, Rasthausstr. 26, Rasthausstr. 26. Sitzung im Partei „Terminus“, Potsdamer Str. 6. Referat des Genossen Viktor Kleber: „Das Konfessionsdrill“.

Männerchor „Die Spanier 1909“, veranstaltet am Sonntag, 21. April, im Saalhaus Friedrichshagen einen heiteren Abend verbunden mit Konz. Anfang 18 Uhr.

### Sozialistische Arbeiterjugend Gr.-Berlin

Einrichtungen für diese Rubrik nur an das Jugendsekretariat  
Berlin SW 61, Lindenstraße 3

Bewegungsausschuss: Diese Woche Erziehungskunde für Roggeburg morgen, Donnerstag, 19 1/2 Uhr, in der Schulaula, Panziger Str. 20.

### Heute, Mittwoch, 17. April:

- 1. Kreis Mitte. Arbeitervereine. Duerger, III, kleines Saal links. Donnerstag, 18. April, 20 Uhr, in der Johannstraße, 14-16. Vortrag: Die soziale und wirtschaftliche Lage in China. Referent: J. Bauer. Referent: Franz Schell.
- 2. Kreis Friedrichshagen. Arbeitervereine. Duerger, III, kleines Saal links. Donnerstag, 18. April, 20 Uhr, in der Johannstraße, 14-16. Vortrag: Die soziale und wirtschaftliche Lage in China. Referent: J. Bauer. Referent: Franz Schell.
- 3. Kreis Prenzlauer Berg. Arbeitervereine. Duerger, III, kleines Saal links. Donnerstag, 18. April, 20 Uhr, in der Johannstraße, 14-16. Vortrag: Die soziale und wirtschaftliche Lage in China. Referent: J. Bauer. Referent: Franz Schell.
- 4. Kreis Friedrichshagen. Arbeitervereine. Duerger, III, kleines Saal links. Donnerstag, 18. April, 20 Uhr, in der Johannstraße, 14-16. Vortrag: Die soziale und wirtschaftliche Lage in China. Referent: J. Bauer. Referent: Franz Schell.
- 5. Kreis Prenzlauer Berg. Arbeitervereine. Duerger, III, kleines Saal links. Donnerstag, 18. April, 20 Uhr, in der Johannstraße, 14-16. Vortrag: Die soziale und wirtschaftliche Lage in China. Referent: J. Bauer. Referent: Franz Schell.

Weiterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle Berlin und Umgegend. (Nachtr. verb.) Heiter, vielwolke Nachtr., nach anhaltender Tages-temperatur, abnehmende Luftbewegung. — Für Deutschland: Auch im Südwesten Niedergang zu höherem oder heiterem Wetter, überall trocken, verbreitete Nachtröbe.

### Frühjahrsneuheiten bei Grünfeld.

Nicht nur auf dem Gebiet hochwertiger Wälderzeugnisse, sondern auch durch reichhaltige Auswahl moderner Frauenkleidung macht die Firma Grünfeld, Leipziger Straße, ihrem Namen Ehre. Die jetzige Ausstellung „Kunststoffe und Frühjahrsmode“ zeigt eine bunte Fülle hübscher Kleider aus Crêpe Georgette, Crêpe de Chine, Toile de soie, aus Wolllustern usw., von der einfachsten bis zur elegantesten Verarbeitung. Man kann in diesem Frühjahr kaum von einer bestimmten Modelfarbe sprechen, doch lautet die allgemeine Devise: bunt, lebendig, farbenreudig. Gestreift, kariert, daneben auch helle Uniformen. Die Kunststoffe, die sich durch Feinheit des Fadens jetzt schon zu einem ungemein geschmeidigen, weichfließenden Stoffmaterial vervollkommen hat, nimmt in der Bekleidungsfrage einen ganz bedeutenden Raum ein. Kleider, Wäsche — als Requisites sogar Herrenhemden, Krawatten, Strümpfe usw., dann Gardinen und Halbdorhänge, Bettdecken aus kunststoffemem Füll in Durahäutarbeit, Bettwäsche, Tischzeug, kombiniert mit Baumwolle, zeugen von der vielseitigen Verwendbarkeit dieses Gewebes. Im Rahmen der Ausstellung werden die Hausfrauen durch Vorführungen darüber belehrt, daß Kunststoffe, in lauem Wasser mit Seifenlöten behandelt und feucht geplättet, auch der Wäsche gut standhält.

**Anzug-Stoffe**  
englischer Fabrikate von Wolruf - nur bei

**Koch & Seeland**  
Gertraudenstraße 20-21.



# Das Frühjahr in der Wirtschaft.

Von Wladimir Woytinsky.

Der Frühling hat endlich die lange erwartete Entlastung des Arbeitsmarktes gebracht: von 22,3 Proz. Ende Februar ging die Arbeitslosigkeit in den Gewerkschaftsverbänden Ende März auf 16,8 Proz. zurück. Freilich ist ein Stand, bei dem jeder sechste Arbeiter arbeitslos ist, für Ende März noch immer unheimlich hoch: in den letzten zehn Jahren war er nur einmal übertraffen, und zwar im Jahre 1926, als die „Rationalisierungstriple“ mit voller Kraft wütete. Die im März eingetretene Erleichterung ist freilich unerkennbar. Die Gewerkschaften zählten unter ihren Mitgliedern Ende Februar 904 000 Arbeitslose und 355 000 Kurzarbeiter, Ende März aber nur 702 000 bzw. 313 000, mit anderen Worten 232 000 Arbeitslose und 42 000 Kurzarbeiter weniger. Da aber die gewerkschaftliche Arbeitslosenstatistik nur rund 20 Proz. der Gesamtzahl der Arbeitnehmer Deutschlands erfasst, ist die

## Märzentlastung des Arbeitsmarktes auf 1,2 bis 1,5 Millionen Arbeiter zu schätzen.

Die Besserung nahm diesmal ihren Ausgang von einem Tiefpunkt, der weit unter dem üblichen Stand der Arbeitslosigkeit im späten Winter lag. Dementsprechend bietet der Arbeitsmarkt auch nach der Märzentlastung kein erfreuliches Bild. Ein Vergleich mit den Vorjahren zeigt, daß die Beschäftigung am Ende März etwa dem normalen Stand für die Wintermonate entsprach.

Es waren nämlich auf 100 Gewerkschaftsmitglieder arbeitslos:

Ende	1926	1927	1928	1926—1928	1929
Januar	22,6	16,9	11,4	17,0	19,4
Februar	22,1	15,9	10,5	16,2	22,3
März	21,6	11,8	9,3	14,2	16,8

Für Ende Februar wäre, wie die Tabelle zeigt, die Arbeitslosigkeit von 16,8 Proz. als normal anzuerkennen, für Ende März ist der Prozentsatz ungewöhnlich hoch. Wesentlich für dieses Jahr ist also:

## Der Arbeitsmarkt steht im Zeichen des späten Frühlings.

Diese Eigenart der Lage läßt sich am besten erkennen, wenn man die Entwicklung der Beschäftigung in den Berufsverbänden der „Saisongruppe“ und der „Konjunkturgruppe“ getrennt betrachtet. Die Arbeitslosigkeit betrug:

Ende:	In der „Saisongruppe“	In der „Konjunkturgruppe“
Oktober 1928	6,5 Proz.	10,3 Proz.
November 1928	7,3	18,5
Dezember 1928	9,5	46,7
Januar 1929	10,3	58,4
Februar 1929	11,4	68,1
März 1929	10,6	43,3

Eine Wendung ist also in beiden Zahlenreihen zu erkennen. Das Ausmaß ist aber sehr verschieden: in der Konjunkturgruppe eine Besserung um 0,8 Proz., in der Saisongruppe eine Besserung um 2,8 Proz. — Sämtliche von der Saisongruppe erfassten Berufe waren von der beispiellosen Kälte des Winters unmittelbar betroffen. Ihnen allen kam das Eintreffen des Frühlings zugute, zugleich aber macht sich bei ihnen allen die für dieses Jahr charakteristische Verspätung des Frühlings fühlbar.

## In den Berufen der Saisongruppe waren arbeitslos:

Wintermonate	1925/26	1926/27	1927/28	1928/29
Oktober	6,8	16,8	5,5	10,3 Proz.
November	25,4	21,0	20,6	18,5
Dezember	42,8	35,6	44,0	46,7
Januar	48,4	39,4	34,1	58,4
Februar	38,9	37,3	30,1	68,1
März	32,0	20,8	24,6	43,3

Die Spitze der Arbeitslosigkeit in der Saisongruppe lag in der Regel im Januar oder Dezember, diesmal im Februar. Dementsprechend herrschte in den Saisonberufen Ende März keine viel bessere Beschäftigung als in den früheren Jahren etwa zur Jahreswende. Trotz der Entlastung des Arbeitsmarktes blieben Ende März noch immer arbeitslos: 52,0 Proz. organisierte Tiefbauarbeiter, 50,7 Proz. Maurer, 50,3 Proz. Zimmerer, 49,4 Proz. Bauhilfsarbeiter, 43,0 Proz. Dachdecker, 39,8 Proz. Betonarbeiter, 32,8 Proz. Steinarbeiter, 32,1 Proz. Stuckateure, 30,8 Proz. Wäfer. Alles für diese Jahreszeit ungewöhnlich hohe Zahlen.

Die Bauarbeiter pflegen mit der üblichen Winterarbeitslosigkeit zu rechnen. Da aber manche Bauarbeiten auch im Winter ausge-

führt werden, rechnet man im Durchschnitt mit dem Ausfall von etwa zwei Monaten im Jahre. Dieser Ausfall wird bekanntlich auch in die üblichen Löhne der Bauarbeiter schweigend eingekalkuliert. In diesem Winter war aber die durchschnittliche Ausfall drei Monate übersteigen und vielleicht 3,5 Monate erreichen wird. Für die Bauarbeiter bedeutet dies eine erhebliche Verminderung ihres üblichen Jahreseinkommens, eine Herabsetzung ihres Lebensstandards.

Andererseits mußte die ungewöhnlich lange Stilllegung der Bau-tätigkeit auch auf die gesamte Volkswirtschaft niederdrückend wirken, und diese Wirkung ist noch lange nicht überwunden.

## Noch ungünstiges Barometer der Konjunkturgruppe.

Freilich erfuhr auch die „Konjunkturgruppe“ im März eine Erleichterung (wie gesagt, ging hier die Arbeitslosigkeit von 11,4 Proz. auf 10,6 Proz. zurück). Auch die Kurzarbeit nahm in den meisten Berufen ab (im Durchschnitt für die Konjunkturgruppe standen Ende Februar in Kurzarbeit 10,0 Proz. und Ende März 9,1 Proz. der Gewerkschaftsmitglieder). Aber 10,6 Proz. bedeutet unter Ausschaltung der Saisonberufe eine immer noch sehr hohe Arbeitslosigkeit. Wahrscheinlich wird sie in den nächsten Wochen — mit der vollen Belebung der Bau-tätigkeit und der Landwirtschaft — weiter sinken. Einseitigen Bewegungen sich aber die Arbeitslosenzahlen in der Konjunkturgruppe etwa auf der Höhe des Frühjahrs 1927, als die Rationalisierungstriple noch nicht voll überwunden war und die Belebung der Wirtschaft nur zögernd und allmählich einsetzte.

Im vergangenen Monat war ein geringer Rückgang der Arbeitslosigkeit zu erkennen: bei den Glas- und Porzellanarbeitern von 12,9 Proz. auf 12,6 Proz., in der chemischen Industrie von 9,8 Proz. auf 8,5 Proz., bei den Metallarbeitern von 10,7 Proz. auf 10,0 Proz., bei den Maschinisten und Heizern von 10,7 Proz. auf 8,7 Proz., bei den Hutarbeitern von 25,0 Proz. auf 24,1 Proz., bei den Schuhmachern von 23,0 Proz. auf 21,4 Proz., in der Papierherstellung von 6,8 Proz. auf 5,9 Proz., bei den Sattlern von 22,7 Proz. auf 21,5 Proz., bei den Holzarbeitern von 23,6 Proz. auf 21,7 Proz., im Nahrungsmittel- und Getränkegewerbe von 8,3 Proz. auf 7,9 Proz., bei den Gemeinde- und Staatsarbeitern von 3,6 Proz. auf 3,6 Proz. In derselben Lage befindet sich auch der Verkehrs-bund, dessen Arbeitslosenstatistik wohlberühmt die reinen Saisonberufe (Binnenschifffahrt usw.) nicht erfasst.

Eine weit stärkere Besserung macht sich bei den Be-leidungsarbeitern von 22,5 Proz. auf 14,8 Proz. und in der Zuder- und Konservenherstellung von 17,8 Proz. auf 14,4 Proz. fühlbar, sie ist aber in erster Linie auf jahreszeitliche Einflüsse zurückzuführen.

In einer Reihe von Berufen ist allerdings im März eine — nicht erhebliche und vielleicht mehr oder weniger zufällige — Ver-schlechterung eingetreten. Dies war der Fall bei den Kupfer-schmiedern (eine Steigerung der Arbeitslosigkeit von 9,2 Proz. auf 9,8 Proz.), bei den Buchdruckern und Lithographen (Steigerung von 6,2 Proz. bzw. 8,0 Proz. auf 6,9 bzw. 8,2 Proz.), bei den graphischen Hilfsarbeitern und Buchbindern (Steigerung von 6,7 Proz. bzw. 10,5 Proz. auf 7,5 bzw. 11,8 Proz.), bei den Lederarbeitern und Tabakarbeitern (Steigerung von 14,2 bzw. 21,1 auf 15,1 bzw. 22,4 Proz.). Im Bergbau ist die Zahl der Arbeitslosen von 3,2 Proz. auf 3,4 Proz. gestiegen, zugleich aber ging die Zahl der Kurzarbeiter von 3,9 Proz. auf 3,0 Proz. zurück. In der Textilindustrie ist die Arbeitslosigkeit so gut wie unverändert geblieben (9,1 Proz. Ende Februar, 9,2 Proz. Ende März), die Kurzarbeit nahm aber zu (Steigerung von 23,7 Proz. auf 27,0 Proz.), bei gleichzeitiger Zunahme der durchschnittlichen Kürzung der Arbeitswoche pro Kurzarbeiter (von 12,3 Stunden auf 13,0 Stunden).

## Die Gesamtlage.

Die Uneinheitlichkeit in der Bewegung der Beschäftigung in einzelnen Berufen und Industriezweigen, die zögernde Belebung der Bau-tätigkeit, die noch nicht befestigte Wirkung der harten Winters — alle diese Erscheinungen erschweren die genaue Beurteilung der gegenwärtigen Konjunktur. Auch die schwebenden Reparationsver-handlungen und die Unsicherheit auf dem Geld- und Kapitalmarkt sind nicht geeignet, den Aufschwung der Wirtschaft zu fördern, die Konjunktur anzukurbeln. In der nächsten Zeit sehen wir einer weiteren Entlastung des Arbeitsmarktes entgegen — vielleicht werden sogar die Gesamtzahlen der Arbeitslosigkeit im April etwas stärker als im März sinken — ein entscheidender Umschwung der Konjunktur wird aber vermutlich länger auf sich warten lassen.

## Weiterer Aufstieg bei Drensteinu. Koppel Dividende auf 6 Proz. erhöht.

Das Berliner Großunternehmen im Maschinen- und Waggonbau, die Drensteinu. Koppel A.-G., hat ihren Ausschuss im letzten Jahr kräftig fortgesetzt. Das Unternehmen, das von jeher mehr Wert auf Rückstellung der Gewinne und innere Stärkung des Betriebes als auf hohe Dividenden legte, nahm 1926 die Zahlung der Aktionärgewinne mit 4 Proz. auf, erhöhte sie für 1927 auf 5 Proz. und setzt sie für das letzte Geschäftsjahr 1928 auf 6 Proz. heran.

Der Reingewinn stieg um rund 35 Proz. von 2,0 auf 2,7 Millionen Mark, worin aber nur reine Fabrikationsgewinne enthalten sind, da die 3,3 Millionen amerikanischer Freigabegelder fast reiflos für Sonderabschreibungen auf den Maschinenpark verwendet werden. Nach Veröffentlichung des Geschäftsberichts kommen wir auf den Abschluß noch zurück.

## Neuer Bankenzusammenschluß.

Deutsche Effekten- und Wechselbank und Frankfurter Vereinsbank.

Die Zusammenschlüsse im deutschen privaten Bankwesen haben in der letzten Zeit zugenommen, nachdem man jahrelang von großen Zusammenschlüssen nichts gehört hat. Wir hatten in Berlin die Vereinigung der Commerz- und Privatbank mit der Mitteldeutschen Kreditbank, und zwei Großbanken haben wichtige Provinzbanken sich angegliedert. Im öffentlichen Bankwesen vollziehen sich sowohl zwischen den Girozentralen und Landesbanken als auch im landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen sehr bedeutende Konzentrationen.

In Frankfurt a. M. haben die Aufsichtsräte der Deutschen Effekten- und Wechselbank, in deren Leitung auch der bekannte Währungs- und Kredittheoretiker Albert Hahn sitzt, und der Deut-

schen Vereinsbank in Frankfurt a. M. jetzt beschlossen, die beiden Institute zu verschmelzen. Die wachsende Zusammenschlußbewegung bei den Banken ist die Folge der erst in den allerletzten Jahren sich endlich wieder verstärkenden Bankkonzurrenz, und für Frankfurt a. M. ist insbesondere maßgebend, daß Frankfurt lange nicht mehr das Kapital- und Geldzentrum ist, das es vor dem Kriege war.

Von den beiden Frankfurter Instituten ist die Deutsche Effekten- und Wechselbank, wenn auch nicht kapitalmäßig, so doch dem Geschäftsumfang nach, weitaus die stärkere. Die Verschmelzung vollzieht sich denn auch so, daß die Deutsche Effekten- und Wechselbank die Vereinsbank in sich aufnimmt und die Aktionäre der letzteren aus der Kapitalerhöhung der Effektenbank von 10 auf 15 Millionen Mark für drei Vereinsbank-Aktien nur zwei Aktien der Effekten- und Wechselbank erhalten. Die Deutsche Effekten- und Wechselbank wird nach dieser Vereinigung eine der stärksten Aktienbanken Südwestdeutschlands.

Wirtschaftlich ist der Zusammenschluß erfreulich. Es scheint aber auch hier so zu sein, daß der Aufsichtsrats- und Direktorenapparat ohne Rücksicht auf Ersparnismöglichkeiten einfach verschmolzen, das Personal dagegen rücksichtslos nach Erfordernis abgebaut wird. Wenn das stimmt, dann hätte Albert Hahn, der Banktheoretiker, ein Beispiel gegeben, das man von ihm nicht erwartet hätte.

## 4,90 M. statt 8,90 M. durch Flieharbeit.

Das Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit gibt jetzt praktische Ergebnisse der Rationalisierung in der Textilindustrie bekannt. Nach seinen Mitteilungen konnte eine Breslauer Wäschefabrik durch Einführung der Flieharbeit den Preis einer bestimmten Oberhemdgröße von 8,90 Mark auf 4,90 Mark senken. Eine Frankfurter Kunstwollfabrik meldet nach Einführung des laufenden Bandes eine Arbeitersparnis von 25 Proz. In der Kölner Wäschefabrikation ließen die Umwälze in den letzten Jahren wesentlich, was auf die Einführung schnelllaufender Arbeitsmaschinen mitzurückzuführen ist. Erwähnt seien die neuesten Knopfmaschinen, die täglich 3600 Knöpfe annähen.

## Bata in Deutschland.

Romeo Schuhfabrik angekauft — Schuhhandel oder auch Produktion?

Für die deutsche Schuhindustrie ist ein wichtiges Ereignis zu verzeichnen. Der tschechische Schuhfabrikant Thomas Bata, der mit seinen Zlinner Betrieben täglich 75 000 Paar Schuhe im vergangenen Jahr erzeugen wollte und dessen Schuhereinfuhr nach Deutschland schon zu sehr heftigen wirtschaftlichen Kämpfen geführt hat, hat in Deutschland eine Schuhfabrik gekauft. Es handelt sich um die Anteile der Romeo Schuhgesellschaft m. b. H. aus dem Besitz der Firma Emil Pinner Nachfolger in Berlin und Burg bei Magdeburg.

Über die Absichten Batas bestehen bis heute nur Vermutungen. Er kann in Deutschland produzieren wollen, er kann aber auch, da die Romeogesellschaft zahlreiche eigene Verkaufsfilialen hat, seine tschechischen Produkte unter der Firma Romeo vertreiben wollen. In jedem Falle ist die unmittelbare Aktivität des tschechischen Konzernmagnaten Bata in Deutschland für die ganze deutsche Schuhindustrie ein großes Ereignis, nachdem Bata bisher den Verkauf seiner Produkte nur in der Form von Vertretungen mit deutschen Großveräußern und fast nie unter dem Namen Bata selbst durchgeführt hatte.

Auf der anderen Seite darf man weder Eigenproduktion noch offenen Batahandel in Deutschland überschätzen. Die deutsche Schuhindustrie hat, wie wir wissen, in den letzten Jahren außerordentlich große Anstrengungen gemacht, der tschechischen Konkurrenz gewachsen zu sein, und in der Tat hat die Schuhereinfuhr der Tschechi nach Deutschland im vergangenen Jahre in sehr geringerem Maße zugenommen als vorher. Außerdem aber schafft die Tätigkeit Batas in Deutschland selbst für die deutsche Schuherzeugung keine neuen Tatsachen, denn Bata Schuhe waren bisher schon in Deutschland auf dem Markt, und die Eigenproduktion kann die Nachfrage nach Bata Schuhen nicht ohne weiteres erhöhen. Dabei ist allerdings die Möglichkeit zu fürchten, daß Bata weniger an eigene Produktion denkt als daran, seinen perfekten Bata Schuhvertrieb stärker auszudehnen.

Natürlich besteht keinerlei Möglichkeit, Bata die Eigenproduktion oder den Eigenhandel in Deutschland zu verwehren. Auf der anderen Seite hat das die Folge, daß Zölle, auf die die Schuhindustrie immer noch hofft, gegenüber der Eigenproduktion von Bata in Deutschland nichts nützen würden. Volkswirtschaftlich wäre die Eigenproduktion von Bata in Deutschland aber ein außerordentlich interessantes und auch wichtiges Experiment. Bata müßte dann zeigen, ob er unter deutschen Lohn- und sozialpolitischen Verhältnissen und unter der durch die Reparationen verschärften Steuerbelastung von deutschen Produktionsstätten aus ebenso billig anbieten kann, wie aus den kulturarmen Wäldern der Tschechoslowakei. Den deutschen Schuharbeiter gewerkschaften n enstünde die große verantwortliche Aufgabe gegenüber Bata in Deutschland, jene Richtung der Gewerkschaften zu erzwingen, die Bata in Zlin den tschechischen Gewerkschaften und den dortigen Arbeitern verjagen kann.

Wir glauben, daß die deutsche Schuhindustrie Batas Produktion in Deutschland nicht allzu sehr zu fürchten hätte, wenn es sich bei Bata wirklich um Produktionsabsichten mit seinen deutschen Plänen handelt. Batas Vorteil bliebe es allerdings, daß er nicht nur an sich billigeres Kapital hätte, sondern auch günstigere Kapitalbildungsmöglichkeiten als die deutsche Schuhindustrie, weil er wegen der schlechten Lohn- und sozialpolitischen Verhältnisse in der Tschechoslowakei mit einer höheren Rentabilität rechnen kann.

## Dreimal Rekorddividende.

Die Aufsichtsräte beschlossen vorzuschlagen:  
im Glanzstoffkonzern Eberfeld 18 Proz. Dividende,  
für die Bayerischen Motorenwerke 14 Proz. Dividende,  
für die Berlin-Gubener Hutfabrik 16 Proz. Dividende.  
Der Industrie geht's schlecht! Meißt es auch, Arbeiter!

## Neues vom Auto.

Schlechtes Verhältnis von Leistung und Lohn.

In dem Jahresbericht, den der Reichverband des Kraftfahrzeughandels jetzt für das letzte Geschäftsjahr veröffentlicht, finden sich bemerkenswerte Feststellungen über die Entwicklung in der deutschen Automobilindustrie.

Die starke Produktionssteigerung von 1927 hat im letzten Jahre angehalten und ergab mit 290 200 Wagen ein weiteres Anwachsen um 39 Proz., während der Wert der Gesamt-erzeugung um 21 Proz. auf 1,05 Milliarden gestiegen ist. Diese Fabrikation verteilt sich auf 27 Werke, die Personenkraftwagen herstellen, auf 22 Lastkraftwagenwerke und 18 Krafttraberfabriken. Wieviel für die Rationalisierung noch zu tun bleibt, geht aus der fast grotesken Tatsache hervor, daß unter den 27 Personenkraftwagenwerken noch eine Fabrik mit 17 (!) verschiedenen Typen und je eine Fabrik mit 9 und 8 Typen vertreten ist. Daß wir in Deutschland nur 8 Werke im Personenkraftwagenbau haben, die ihre Fabrikation auf eine einzige Type beschränken, sollte allerdings zu denken geben.

Trotzdem aber hat die Automobilindustrie auch bemerkenswerte Rationalisierungserfolge zu verzeichnen. So war schon 1927 der Produktionseffekt des einzelnen Arbeiters gegenüber 1925 von 1,46 auf 2,82 WAGEN, also um nahezu 90 Proz., gestiegen, und im letzten Jahr hat sich das Verhältnis noch weiter verbessert. Der Lohn des Arbeiters ist zwar von 2060 auf 2390 Mark gestiegen, jedoch ist infolge der viel stärkeren Erhöhung der Arbeitsleistung der auf den einzelnen Wagen entfallende Lohnanteil immer noch um 60 Proz. gesunken.

Wie groß der Anteil des Auslandes an deutschen Kraftfahrzeugbeständen ist, läßt sich nicht einwandfrei feststellen, da wegen der verschiedenen ausländischen Montageunternehmen in Deutschland die Zollstatistik nicht maßgebend ist. Schätzungsweise wird das Ausland bei Krafttrabern mit 11 Proz., bei Personenkraftwagen mit 19,8 Proz., bei Lastkraftwagen mit 18,4 Proz. und bei Zugmaschinen mit 23,7 Proz. beteiligt sein.

Die Preuchtenkasse Ende März. Zum 31. März sind bei der Preuchtschen Zentral-Genossenschaftskasse die insgesamt eingeräumten und in Anspruch genommenen Kredite gestiegen. Doch ist die für Ende März erwartete Steigerung der landwirtschaftlichen Kreditgewährung infolge der Frühjahrsbekämpfung noch nicht sehr stark. Gegenüber dem Vormonat sind die den ländlichen Genossenschaften eingeräumten Kredite von 784 auf 807 Millionen erhöht worden. Die Inanspruchnahme der Einräumung ist mit 657 gegenüber 629 Millionen zwar schneller gewachsen, das Ausmaß der Verrechnung war aber gering. Allein bei den Genossenschaften liegt während der Frühjahrsarbeiten noch eine ausnahmsfähige Spanne von rund 150 Millionen vor, eine sehr erfreuliche Tatsache, die nach der Inflation noch nie zu verzeichnen war.



## Werner Richter: Die Menschenstadt

Der Umstrickung der Technik ganz entrückt liegt Venedig immer noch auf seinen Inseln zwischen Lagune und Meer. In die äußersten Ausläufer der Stadt nur wagt sich, schüchtern pustend, auf meilenlangem Damm durchs Wasser getragen, die Eisenbahn hinein. Nie traten Pferdehufe hier die Gassen; nie, nie durchstobte sie Eroberungslüster ein Automobil. Nie wird darum Venedig, wie so manche andere hochberühmte Siedlung des benachbarten Festlandes, zu einer nach Gummi und Benzin dünsenden, ewig von aufgewühlten Staubwolken erhitzen Garage werden. Immer noch triumphiert hier das flüssige Element, Ebbe und Flut und das lautlose Schiff, — auf den Gassen, Plätzen und hochgebuckelten Brücken aber: der Mensch. Venedig, — das ist die Stadt der Menschen, vielleicht die einzige, die letzte, die ihnen noch allein gehört.

Der Venezianer lebt durchaus auf seinen Straßen, die nirgends eine Trennung in Fahrdamm und Gehsteig nötig haben: von der einen Hauswand vielmehr bis zur andern hinüber reichen die breiten, weichgrauen Steinplatten der Pflasterung. Lieber sie hin man dies unendliche Schlürfen, Wandern, Trappeln von tausend Sohlen, verstärkt durch das Echo der Gassenenge, — das ist der herrschende Grundton des venezianischen Straßenlärms, — durchschnitten und zeitweise überdeckt nur von den Lauten der menschlichen Stimme. Eben aber weil sie hier so allein sind, weil kein Beischnall, kein Motorgeräusch, keine Tramwayklingel sie jemals überläßt, machen die venezianischen Stimmen zu so wunderbarer Rundung, Stärke und Fülle. Wenn es dem Venezianer eben einfällt, sie zu erproben (er mag ein ganz armer Mensch sein, ein Holzschuhträger, ein Schreiber aus einem Wootalendebureau oder ein Bube, der mit schwarzgetränkten Händen am Gemüsemarkt Tomaten mops), — plötzlich im Gehen beginnt er laut zu singen. Nicht aber etwa, daß er leicht und gedankenlos vor sich hinräusert, — nein, er singt mit voller Kraft der Lunge; er trompetet mit allem schuldigen Ernst irgendeine geliebte Arie; er wiegt sich in ihren Modulationen, schweigt in ihrem lang hingepönnelten Tremolo, — und braucht nicht zu fürchten, daß ihm irgendeine Autohupe wüßte dazwischen fährt. Ihm gehört noch seine Stadt. Und ebenso wie seine Stimme sind auch seine Glieder frei. Nichts weiß er von der steilen geduckten Sprungbereitschaft aller seiner großstädtischen Zeitgenossen, von ihrer Feigheit vor dem Ausrumpfen der brausenden Motore. Darum ist er aber auch alles eher, als etwa ein verträumter Vergangenheitschwärmer. Romantische Gefühle überläßt er dem Fremden, dem es möglich ist, Ver-

gleiche zu ziehen. Der Venezianer selbst indessen stapft breitbeinig und selbstbewußt durch seine Stadt. Bis in die tiefste Nacht hinein sind die Läden geöffnet, und die vielen kleinen Kneipen und Bars, wo an dampfprägenden Riesenmaschinen weißjädige Kellner teuflich kalten Kaffee bereiten, haben überhaupt keine Türen. Weit nach Mitternacht erst schließen die Theater und entlassen eine melodios angelegte, freudig jummende und singende Menge in das Gassengewirr. Der Begriff der Nachtruhe und darum auch der der nachlässigen Ruhestörung scheint in Venedig nahezu unbekannt.

So weicht auch von dem Fremden hier endlich der tyrannische Druck der europäischen Raschenerie, worin schließlich wohl das ganze Geheimnis der lefkamen Anziehungskraft Venedigs besteht: der Fremde kommt plötzlich wieder zur Besinnung, kehrt zu sich selbst zurück. Er fühlt sich zuerst ergriffen und gerührt, dann aber gefrästigt, erholt, nicht mehr nur Schraube in einer gleichgültigen Mechanik, sondern ein Mensch! Nirgends sonst in Europa hat man so wie hier das Gefühl, der Zeit entspringen zu sein und dennoch nichts an Lebendigkeit verloren zu haben.

Dies ist es, was dem Fremden Venedig so kostbar macht, nicht nur, wie er vermeint, die sichtbar herrliche Stadt. Soll man auch von ihr noch einmal, zum zehntausendundersten Male, zu sprechen beginnen? Von den Palästen am Großen Canal, den silbergrauen, den rosaviolett, den blaugrünen und denen im melancholischen Rot herbstlichen Weintaubs, mit gemauerten Fensterumrahmungen, so hell und hart wie Spitzenträgeln verwehnter Kinder? Von der majestätischen Weite und dem noblen Takt des Markusplatzes und der Piazzetta, die allein schon genügen, um diese italienische Provinzhauptstadt himmelhoch über das hinauszuhoben, was sonst in allen Sprachen dem Wort „Provinz“ anhaftet? Von der Einzigkeit dieser paar reich durchäberten Flecken Erde im Meer mit ihren sich türmenden, einander stühenden, durcheinander verfallenen, ineinander hineingreifenden, aneinander emporstrebenden Häusern? Von dem unglaublichen, überirdischen Schweben dieser ganzen Architektur zwischen opalenen Wasser und dem ein wenig heller nur schattierten Opal des Himmels?

Ueber all diesem drängt ja doch (wie ein über seinen Rahmen herauswellendes Fleisch und Blut gewordenes Bild) das Volk, der Mensch dieser Stadt, ungebrochen, heiter und frei. Und darum endlich geht auch der Fremde, wenn er der Stadt den Rücken kehren muß, geknickten Kopfes fast wie in eine Sklaverei zurück.

## Grock: Das Geheimnis meines Erfolges

Neuen Ideen und Tricks gegenüber bin ich sehr mißtrauisch, und wenn mir mein Partner etwas von einer Idee zuflüstert, frage ich zunächst: „Ist es wahr?“

Ein Artist muß Einfälle bekommen, wie ein gewöhnlicher Sterblicher zufällig Geld auf der Straße findet. Nur häßlicher. Ein Trick ist nicht in beschaulicher Ruhe „auszubedenken“, sondern er kommt von selbst, fast immer bei der Arbeit, auf der Bühne.

Oh werden mir gewissermaßen „patentierete“ Tricks angeboten, durchaus nicht aus Eitelkeit, aber ich lehne immer sofort ab. Es kann sein, daß dies oder jenes brauchbar ist, doch was soll ich damit anfangen? Ich glaube auch, daß der Trick eines anderen mit nicht in Fleisch und Blut übergehen kann.

Meine Tricks habe ich stets dem Zufall, der bekanntlich der beste Helfer ist, zu verdanken. Ich erinnere mich solch eines „Zufalls“. Es war vor 20 Jahren. Ich war damals noch am Zirkus, in Madrid. Mein Flügel wurde dort alle Abende auf eine Estrade in der Manege gestellt. Das ging recht gut. Eines Abends jedoch hatte sich mein Klaviersessel zwischen Fußboden und Podium eingelassen. Es sah toll aus, weil die hinteren Sesselbeine tiefer als die vorderen standen.

Ich zog und zog, nur nicht den Stuhl heraus. (Die Leute lachten, weil sie dachten, das alles gehöre „dazu“.)

Die Sache wurde mir schließlich peinlich — was sollte ich tun? Ich dachte: kommt der Prophet nicht zum Berg, muß eben der Berg zum Propheten kommen. Ergo kränzelte ich die Armeel hoch und versuchte, den schweren Flügel zum leichteren Stuhl zu schieben. Es ging und — mein Publikum schrie vor Lachen!

Und als ich auf dem tiefen Stuhl vor meinem Flügel saß, der durch die eingelassenen „Hinterfüße“ meines Sessels viel zu hoch für mich war, ließ ich meine Hände die Tastatur „erklettern“. Das wurde belacht und von mir — beibehalten.

Dem Flügel habe ich übrigens viel zu danken, oder besser gesagt seinen Tüden. Einst spielte ich nichtssahnend, da fällt mir der Deckel auf die Finger, ich bekomme Angst vor Wiederholungen und den Einfall, meine Hand nach jeder Note zurückzuziehen. Man freut sich, wenn eine Gefahr plötzlich gefahrlos wird; das Publikum auch.

Einst konnte ich den Deckel nicht wieder festmachen, ich lehnte ihn daher gegen den Flügel und setzte „zufällig“ meinen Zylinder darauf. Der verzug die schiefe Ebene nicht und kam, wie so mancher Mensch, auf ihr ins Rutschen. Kann ich weniger als mein Zylinder? Ich rutschte ihm nach — sogar bis zum heutigen Tage.

Die Tüden dieses Objekts hätten meine harmlosen improvisierten Kodelpartien beinahe unterbrochen. In Wien hatte ich einst einen gräßlichen Partner, noch heute kann ich mich über ihn ärgern. Wir hatten uns eines Abends vor unserem Austritt hinter der Szene mächtig vertrudelt. Als wir dann „einträchtig“ nebeneinander, aber mit höchst gemischtem Gefühl auf der Bühne standen, benutzte mein Partner die Gelegenheit, mir eins auszumischen. Bei unserem

komischen Disput zielte er irgendeine Gemeinheit über mich ins Publikum: „Ich lachte vor Wut, wußte nicht, was ich tat, und packte den nächstliegenden Gegenstand: den Flügelbein.“ Mein Partner sah, daß es Ernst wurde, und flüchtete über die Bühne; ich mit drohend geschwungenem Klaviersessel, ihm nach.

Das Publikum brüllte, niemand hielt es für Ernst. Ein Zufall hatte mich auf einen neuen Trick gebracht.

Und wieder lagte mein Publikum, als ich einst im Wintergarten durch den Stuhlfiß fiel, was ich ebenfalls einem Zufall zu danken habe. Ich könnte noch viel erzählen, wie ich zu meinen Tricks und den damit verbundenen Erfolgen gekommen bin. Mit meiner Miniaturgeige wußte ich eine Zeit lang nichts anzufangen, bis ich sie hilflos und winzig eines Tages in einem Riesentopfer fand, in den sie irgendwer hineingeworfen hatte.

So schleppte ich sie seitdem im Koffer auf die Bühne.

Ganz zufällig kam ich zu einem Abgangstrick. Ich verdanke ihn der Drehbühne des Londoner Colosseums. Nach meinem Austritt ging ich mit hochgeschlagenem Rocktragen und heruntergezogener Berücke über die Bühne, als plötzlich der Vorhang wieder aufging. Ich tannte natürlich von der Bühne, aber die Bühne rannte mit. Wir rannten beide, was wir konnten. Ich kam doch nicht vom Fleck. Und weil das wie alles anscheinend zum Programm gehörte, schrie das Publikum und ich wiederhole auf jeder Drehbühne (beim Varieté sind sie sehr selten) meinen Dauerlauf.

Daß es meistens auf den Raum, in dem man arbeitet, ankommt, beweist unser Durchfall bei unserem Debüt im Berliner Wintergarten Anno 1911. Unsere Nummer „Grock and Antonel“ war einfach eine Katastrophe. Unser Direktor kündigte uns am ersten Tage, und wir konnten es ihm nicht einmal übelnehmen. Er hatte recht, denn was bisher in der Manege gewirkt hatte, ließ sich auf der Varietébühne einfach tot. Das Publikum beteiligte sich mit schrecklichem Ernst an unserer Begräbnisfeier.

Antonel und ich waren uns einig, daß wir umlernen mühten; nach acht Tagen eifriger Beobachtung unseres Publikums und Erprobung und Durcharbeitung unserer Tricks umarmte uns der Direktor und zog die Kündigung zurück.

So begann meine Varietéklaufbahn.

Früher, als ich noch einfach Adrian Bettach hieß, schwangte ich schon als Schüljunge im Berner Oberland die Schula, wenn ein Wanderzirkus bei uns einzog. Die Jugendergebnisse in diesen Zirkussen waren ausschlaggebend für mich. Mit 15 Jahren war ich Klavierspieler in Kaffeehäusern, ohne eine Note zu kennen, dann wurde ich beim Beiter des ungarischen Ministerpräsidenten, Graf Bethlen, in Siebenbürgen Hauslehrer, war Sekkänzler, Jongleur, Klavierstimmer, vierter Mann, nicht beim Stat, sondern beim Wanderquartett, Musikverleger und endete als Clown.

Und das bin ich heute noch.

die in Berlin populär waren, wie vor allem Menzel, die „Meine Eggelenz“, Windhorst, die „Schwarze Perle von Reppen“ (seinem Wahlkreise), und auch wohl der Musikkritiker des „Berliner Tageblatts“, Heinrich Ehrlich. Ehrlich war der damals berühmteste Musikpädagoge, der Hauptschüler und Fortsetzer des Werks von Loufig. Jeder nennenswerte Pianist mußte bei ihm mindestens einige Stunden gehabt haben. Er selbst spielte nicht mehr öffentlich, nachdem es ihm geschehen war, daß bei einem von ihm veranstalteten Musikabend, der sich wohl über das Liebliche ausdehnte, das Publikum teilweise die Flucht ergriff und ein Kritiker das Wort prägte: „Ehrlich währt am längsten.“ Sein Hund hatte anscheinend mehr Freude an seinem übrigens sehr feinen und schönen Spiel, als Ehrlich sich, wenn Ehrlich spielte, unter das Klavier und gab durch Schwanzwedeln Zeichen des Beifalls. Schickte sich jedoch einer der Schüler an das Klavier, so begann der Hund unweigerlich bei den ersten Tönen bereits jämmerlich zu heulen und mußte aus dem Zimmer gejagt werden. Es dürfte das auf einer Dressurbereitschaft des witzigen Mannes beruht haben.

Schärfer als er waren im Wig die als Kritiker besonders gefürchteten Paul Lindau und Oskar Blumenthal, dem man den Namen des „blutigen Oskar“ verliehen hatte. Blumenthal und Lindau standen auf gespanntem Fuß miteinander. In einer Gesellschaft gab Lindau ein Rätsel auf: „Das erste bußig, das zweite lustig, das ganze schustig.“ Als Lösung dachte er „Blumenthal“. Dieser, schnell gefaßt, gab die ebenso mögliche Lösung „Lindau“. Lindau lernte ich kennen auf einem der alten Berliner Pressebälle, die im Zentralhotel in der Friedrichstraße stattfanden. Man erhielt als „Damenpende“ ein kleines Album mit familiären Ausdrücken von Berliner Schriftstellern. Die meisten bemühten sich bei dieser Gelegenheit Geist zu blitzen. Lindau schrieb in eines dieser Heftchen, das ich noch besitze: „Mir fällt merkwürdig oft nichts ein.“

Ein Schwager des bekannten Bankiers Reichelder war der Bankier Julius Guttentag, der einer Breslauer Familie entstammte, die sich nicht durch ähnlere Reize auszeichnete. Als bei einem jehrliehen Empfang in Breslau dem damaligen Kronprinzen, dem späteren Kaiser Friedrich nacheinander eine Zahl von Mitgliedern dieser Familie vorgestellt wurde, soll er zu seinem Adjutanten halb vernehmlich gelagt haben: „Nichts ist schwerer zu ertragen, als eine Reihe von Guttentagen.“ Koch in die Reihe dieser Namenscherze gehört der, den man auf Bismarck einmal machte. Bismarcks bestgehörter parlamentarischer Gegner war bekanntlich Eugen Richter. Bismarck pflegte später jedesmal den Saal zu verlassen, wenn Richter eine seiner Esatreden begann. Als Bismarck einmal außerhalb Berlins besonders diktatorisch aufgetreten war und keinen Widerstand auskommen ließ, rief man ihm zu: „Es gibt noch Richter in Berlin“, eine Wiederholung des bekannten Wortes des Müllers von Sanssouci gegen Friedrich II., als dieser ihm widerrechtlich die Mühle nehmen wollte. Das Wort des Müllers bezog sich auf die vom Könige unabhängigen Richter des Berliner Kammergerichts. In die Reihe der in Berlin bekannten Persönlichkeiten aus Finanzkreisen gehörte vor allem der Bankier Landau, der Bankier der Stadt Berlin war. Er war ein Selbstmörder, der sich durch eigene Kraft emporgearbeitet hatte. Ihm polsterten mondmal Entgleisungen, die viel bedacht wurden. Seine Tochter war sehr musikalisch. So würde bei seinen Gesellschaften viel musiziert. Es war damals in Berlin Mode, zu solchen Gelegenheiten namhafte Künstler, scheinbar als Gäste, tatsächlich gegen Honorar, zum Musizieren zu gewinnen. Landau wollte besonders wertvolle Musik haben und man rief ihm zu einem bekannten Streichquartett. Das war natürlich sehr kostspielig, er erwartete daher ein besonders großes Orchester und sagte, als die Künstler kamen, enttäuscht: „Nur vier Mann! Wo bleiben die anderen?“ Als sie mit einem Adagio begannen, soll er gefagt haben: „Natürlich, wenn man sie auf Zeit nimmt, spielen sie langsam.“ Es darf bemerkt werden, daß alle diese und ähnliche Geschichten wahr waren, denn Landau war ein sehr kluger Mann, aber ihm wurde jeder solcher Scherz angehängt wie in Breslau dem Verlagsbuchhändler Schottländer. Landaus eigener Sohn erzählte mit Vorliebe die gleichen Geschichten von Schottländer, was uns mondmal erschwerte, die Fassung zu bewahren. In dem kleinen Alt-Berlin wurden alle Scherze schnell Gemeingut, sie gingen von Mund zu Mund, ebenso wie die Gassenhauer.

## Pilsrausch

Zur Erzeugung rauschähnlicher Zustände werden nicht nur Alkoholika benutzt, sondern die verschiedenartigsten Pflanzenstoffe müssen dazu dienen, den primitiveren Menschen in bessere Stimmung zu versetzen. Recht merkwürdig ist zweifellos der Pilsrausch, der bei den Eingeborenen in Nordasien offenbar sehr beliebt ist. Um ihn zu erzielen, werden 8 bis 10 Fliegenpilze oder ihr Auszug genommen. Das im Fliegenpilz enthaltene Gift (Muscovarin) erhöht zunächst die Temperatur etwas, was für die im Norden lebenden Völker sicher recht angenehm ist; dann folgen Zustände größter Heiterkeit; schließlich wird der Rausch etwas unangenehmer, denn es treten Zuckungen und Delirien auf. Recht merkwürdig ist, daß die Nordasien durch das Gift anscheinend überhaupt nicht geschädigt werden. Vielleicht haben sie sich schon seit vielen Generationen daran gewöhnt. Die Art des Gebrauches ist verschieden: Tschuktschen und Korjaken führen Pilsstücke in Rindendosen mit sich und tauchen gelegentlich an den Stücken; Korjaken und Kamtschatalen kochen den Fliegenpilz mit Früchten zumal und trinken den Wtsud oder vermischen ihn mit Teerenjäften. Werden diese Säfte in geringer Menge genommen, dann treten Wirkungen ein, die sich denen geringen Alkoholgenusses vergleichen lassen. Im meisten wird die Erhöhung der Latenzluft herorgehoben. Uebermäßiger Genuß führt zu Kakerlei, die von Medizinmännern für bestimmte Zwecke absichtlich auf diese Weise herbeigeführt wird.

Wie alt ist das Zifferblatt? Die Erfindung und Anordnung des üblichen Zifferblattes unserer Uhren geht zurück auf das uralte Volk der Sumerner, die im 4. und 3. Jahrtausend v. Chr. in diesem Lande zwischen Tigris und Euphrat in Babylon und südlich davon anläßlich waren. Sie stellten bereits astronomische Beobachtungen an und bildeten das teilsrunde Zifferblatt dem Scheinbaren Kreis nach, in dem die Sonne jährlich die Erde umläuft. Die Zuweisung des Blattes kam daher, daß der Mond zwölfmal eine Drehung vollzieht, bis die Sonne nach Verlauf eines Jahres, also von 12 Monaten, wieder die alte Stellung der Erde gegenüber erreicht. Der kleine Zeiger ist der Sonnenseiger, der große der Mondseiger, der zwölfmal um das Zifferblatt läuft, während der kleine es einmal umschließt. Die Instrumente der Sumerner bei ihren Beobachtungen waren äußerst einfach. Sie bestanden vornehmlich in einem Zirkel und einem Lineal. Der Zirkel wurde hergestellt aus einer um einen Block geschlungenen Schnur. Auf die Sumerner soll auch die Erfindung der Bilderschrift zurückgehen, aus der dann die Keilschrift entstand. Sie schrieben zunächst von rechts nach links.

## Henni Lehmann: All-Berlin

Weißels hat kürzlich in einer Plauderei im „Vorwärts“ Berthold Auerbach erwähnt und gefagt, daß sich auf dessen Namen keine rechten Witze machen ließen. Im alten Berlin hatte man den Namen des Dichters der Schwarzwälder Dorfgeschichten aber abgemandelt in „Bauerbach“, seinem Sohn, der angeblich als junger Anwalt auf Klienten lauerte, die nicht kamen, hieß „Bauerbach“, seine Tochter, die lange unverheiratet war, „Bauerbach“ und seine Gattin, übrigens zu Unrecht, war als „Schauerbach“ bezeichnet worden. Sie war nämlich sehr freundlich und hat mir einmal, als

ich Auerbach in der Hohenzollernstraße besuchte, den Teller so mit Kuchen vom Geburtstagsstische des Dichters vollgeschüttet, daß ich seinem ständigen freundlichen Nötigen gegenüber „Essen Sie doch, lieb' Kind, essen Sie!“ in Verzweiflung geriet, wie ich den an mich gestellten Appetitansprüchen genügen sollte. Auerbach war bekannt wegen kleiner harmloser Eitelkeiten. Trotz er spielende Kinder bei seinen Spaziergängen im Tiergarten, so plauterte er mit ihnen und sagte dann: „Nun gehe nach Hause, mein Kind, und sage, Berthold Auerbach hat mir dir gesprochen.“ Wachte der recht Witzige einen Scherz über den man lachte, so erklärte er großzügig: „Diesen Scherz schenkt Ihnen Berthold Auerbach.“

Auerbach gehörte zu den sogenannten „Kleinen großen Seuten“.



# Gewerkschaftsfront am 1. Mai.

## Arbeiter! Angestellte!

Wenige Wochen nur trennen uns vom 1. Mai, dem Tage, an dem überall die Arbeitenden aller Kulturvölker seit Jahren in großen Demonstrationen für die Befreiung der Arbeit vom Druck des Kapitalismus eintreten und an dem sie vereint den Ruf für ihre nächsten Forderungen:

## Gesetzlicher Achttundentag, Ausbau der Sozialgesetzgebung und Weltfrieden

erzöhen lassen. Zum vierzigsten Male begeht die Arbeiterklasse in diesem Jahr die Maifeier. Vierzig Jahre, das ist ein großer Zeitraum im Leben eines einzelnen, im Leben der Völker aber nur ein Pulsschlag, noch weniger im Kampfe um die Freiheit, den die Menschen in wechselnder Form führen, seit die Unterdrückung begann.

Vierzig Jahre! Bist du seitdem erreicht worden. Gerade wir, die wir wissen, was noch zu tun übrig geblieben ist, brauchen die Erfolge der Arbeiterschaft nicht zu verkümmern. Und wir können sagen: Gemessen an dem, was vor vierzig Jahren war, leben wir heute, dank der Kampfesfreudigkeit der Arbeiterklasse, in einer ganz neuen Welt.

Aber viel bleibt noch zu tun. Die Erfolge der Arbeitenden haben die Kapitalisten national und international zu einem festen Ring zusammengeschlossen. Unser Vormarsch soll dadurch aufgehalten werden. Trotzdem: Wir marschieren! Und wenn wir einig und geschlossen bleiben, wird uns nichts hemmen.

Nach dem mörderischen Krieg wurde der aufatmenden Welt

## Abrüstung und Verständigungspolitik

versprochen. Pakte wurden abgeschlossen, durch die der Krieg gesät wurde. Aber rings um uns herum starrt die Welt in Waffen. Das ist ein Zeichen, wie stark die Reaktion noch ist, die sich der neuen Zeit entgegenstellt. Wir werden nicht ruhen, bis der Weltfrieden gesichert ist.

Auch im Kampf um den gesetzlichen Achttundentag dürfen wir nicht erlahmen. Die letzten Verhandlungen in Genf haben von neuem gezeigt, wie groß die Widerstände sind, die wir noch zu überwinden haben. Wir werden sie überwinden, wie wir alle die Schwierigkeiten überwinden werden, die sich dem Ausbau der Sozialgesetzgebung entgegenstellen. Das es da viel zu tun gibt, das zeigen die Verhandlungen in Paris um die Reparationen, das zeigen die Vorgänge bei uns, als es sich um die Regierungsbildung handelte. Alles das steht im Zeichen des Kampfes gegen die Sozialpolitik.

## Abrüstung, Achttundentag, Ausbau der Sozialgesetzgebung,

dafür demonstrieren wir am 1. Mai. Die deutsche Arbeiterschaft wird bei diesen Demonstrationen, zu denen der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes auffordert, nicht an letzter Stelle stehen.

Die Art, wie demonstriert wird, muß den Verbänden und Ortsausstellungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes überlassen bleiben.

Angestellte! Arbeiter! Demonstrieren in würdiger Form! Hier und da bestehen Verbote der öffentlichen Umzüge. Respektiert auch diese Verbote, wie ihr auch sonst dazu steht. Die Mai feiern, diese Manifestationen für eine höhere Massenkultur, dürfen nicht zu Lummelpfählen gemacht werden für uns innerlich und äußerlich fernstehende reaktionäre Elemente.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.  
Der Vorstand des Allgemeinen freien Angestelltenbundes.

## Der große Bluff.

### Das Mausloch in der Mauer.

Ein ungeheures Geschrei erhebt die kommunistische Presse, weil es der KPD. gelungen ist, in einigen Betrieben, wo sie bisher schon unter den Organisierten eine starke Minderheit hatte, mit Hilfe der Unorganisierten den freien Gewerkschaften einige Mandate abzurufen. Die Mauer ist durchbrochen, schrien die Angestellten Losowitschs ganz verzückt.

Bei näherem Zusehen schrumpft die scheinbar so große Bresche allerdings immer mehr zusammen.

Nehmen wir zunächst das graphische Gewerbe, wo die Betriebsräte wählen nunmehr abgeschlossen sind. Man erinnert sich des Bärms, den die kommunistische Presse machte, weil es den Stalinisten gelungen war, unter Anwendung von Methoden, um die sie niemand beneidet, auf einer Sonderliste eine Anzahl Anhänger in den Betriebsrat von Ullstein hineinzubringen. Nach dem Geschrei, das die Kommunisten erhoben, konnte man meinen, die Mehrheit der graphischen Arbeiter Berlins marschierte heute unter der Sowjetfahne. Wie sieht es damit in Wirklichkeit aus?

Es gibt bekanntlich neben der Druckerei von Ullstein in Berlin noch andere Großbetriebe, deren Bedeutung nicht geringer ist. Wie sieht es bei Woffe, Scherl, Hildebrandt, H. S. Hermann, Gehring u. Reimers usw. usw.? In allen diesen Großbetrieben, wie auch in allen anderen Betrieben des graphischen Gewerbes, die wir hier nicht aufzählen können, hat die so „mächtige“ Opposition es nicht einmal gewagt, eine eigene Liste aufzustellen. Auch andere Gegenlisten wagten sich nicht hervor. Es gab nur eine freigewerkschaftliche Liste, die ohne Kampf durchs Ziel ging.

Nur eine Ausnahme gab es bei der Firma Seidel u. Co. Hier, wo die Kommunisten noch vor zwei Jahren die Mehrheit der Sitze im Arbeiterrat innehatten, wo sie im Vorjahre noch mit 4 zu 4 die Hälfte der Sitze errangen, hier wagten sie sich mit einer Sonderliste hervor. Das Experiment bekam ihnen allerdings schlecht: bei der Wahl errang die freigewerkschaftliche Liste 5 Sitze, während die „Opposition“ einen Sitz verlor und mit drei Sitzen in die Minderheit kam. So sieht der „überwältigende Sieg“ der Kommunisten im graphischen Gewerbe aus.

Im Gastwirtsgewerbe sind jetzt die Wahlen gleichfalls abgeschlossen. Die „Opposition“, die sich gern rühmte, die Mehrheit der Organisierten zu vertreten, hat sich mit eigenen Listen nicht einmal hervorgewagt.

Im Schlingerkonzern war von den Kommunisten zwar eine Versammlung einberufen worden, die aber so „massenhaft“ besetzt war, daß nicht einmal eine eigene Liste der „Opposition“ zustande kam. Der Arbeiterrat im Schlingerkonzern, der ungefähr 400 Arbeiter vertritt, setzt sich aus 15 Personen zusammen, die alle freigewerkschaftlich organisiert sind. Das gleiche gilt auch für den Betriebsrat.

Bei der Hotelbetriebsrat A.-G., die etwa 1400 Arbeiter und Angestellte beschäftigt und wo Einzelbetriebsräte gewählt werden, aus denen dann der Gesamtbetriebsrat gebildet wird, wurden in allen Betrieben nur freigewerkschaftliche Listen aufgestellt.

Nur im Pischorrrhaus am Potsdamer Platz standen sich eine freigewerkschaftliche und eine kommunistisch-gelbe Liste gegenüber. Auf der roten Liste standen die wackeligen Kommunisten an erster Stelle; die Gelben dienten ihnen als Staffage und Lockmittel. Für die freigewerkschaftliche Liste wurden 79 Stimmen und für die Liste der „Großen Koalition“ 46 Stimmen abgegeben. Der Arbeiterrat setzt sich aus vier Amsterdamern und zwei Kommunisten und der Betriebsrat aus fünf Amsterdamern und einem Kommunisten zusammen. In den Betrieben von Gerold, Präl.-Alexanderplatz Pischorrrhaus-Friedrichstraße waren die Christen und Hirsch-Dunker mit eigenen Listen aufgetreten, mußten sich aber mit wenigen Sitzen in den Arbeiterräten begnügen.

Also ganze zwei Arbeiterräte im gesamten Berliner Gastwirtsgewerbe, obwohl der ehemalige Gastwirtsgehilfe Paul Weder heute einer der obersten Handlanger bei der Spaltungsarbeit ist. Obwohl Paul Weder heute „Gewerkschaftsführer“, im Dienste Losowitschs ist? Richtiger wäre wohl zu sagen: Weil die Gastwirtsgehilfen ihn kennen.

Man sieht, die Riesebresche in der Gewerkschaftsmauer schrumpft immer mehr zum Mausloch zusammen.

## Bersärfung bei der Reichsbahn.

### Aufmarsch der Eisenbahner in Berlin.

Die ablehnende Haltung der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn in der Frage der Lohnerhöhung für die Reichsbahnarbeiter hat unter den Eisenbahnern im ganzen Reiche eine große Empörung hervorgerufen. Die Berliner Eisenbahner haben ihre Unzufriedenheit und Mißstimmung in der letzten Zeit wiederholt zum Ausdruck gebracht. Der Einheitsverband der Eisenbahner hatte bisher die Berliner Eisenbahner noch nicht zu einer offiziellen Stellungnahme veranlaßt. Die Verhältnisse spitzten sich aber auch in Berlin immer mehr zu, so daß die Verbandsinstanzen des Bezirks sich veranlaßt sahen, zum Donnerstag, dem 18. April, die Funktionäre der Berliner Betriebe zusammenzurufen.

Auf dieser Funktionärskonferenz werden nicht nur die Groß-Berliner Eisenbahner, sondern auch die Eisenbahner aller anderen Ortsgruppen des Direktionsbezirks Berlin vertreten sein. Die Vertreter der für die Aufrechterhaltung des Betriebes in der Hauptfache in Betracht kommenden Gruppen der Güterboden- und Um-ladehallenarbeiter, der großen Rangier- und Verschleppbahnhöfe, der Bahnbetriebswerke werden hier unbeeinträchtigt entscheiden, ob sie sich dem Diktat der Hauptverwaltung fügen oder durch Kampf die bitter notwendige Lohnerhöhung erzwingen wollen. Bei der Stimmung der Berliner Eisenbahner ist damit zu rechnen, daß auch der Berliner Bevölkerung ein Eisenbahnerstreik nicht erspart bleiben dürfte, wenn die Hauptverwaltung auf ihrem Standpunkt beharrt.

## Geschlossene Front in Bayern.

### Christliche und Freigewerkschaftliche Kampfschlössen.

München, 16. April.

Der auf christlicher Grundlage stehende Bayerische Eisenbahnerverband nahm zur Lohnerhöhung in der Reichsbahnarbeiterschaft eine Entschliessung an, in der die geforderte Lohnerhöhung von 6 Pfennig als berechtigt erklärt und betont wird, die Maßnahmen der Verwaltung zur Verhinderung eines Eisenbahnerstreikes seien geeignet, die Verbilligung noch zu steigern.

Auch der auf freigewerkschaftlicher Grundlage stehende Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands (Gruppe Bayern) nahm in einer Entschliessung gegen die Maßnahmen der Reichsbahnverwaltung Stellung und sprach die Bereitschaft aus, sämtliche Eisenbahner zum Streik aufzurufen.

## Der Lohnkonflikt im Ruhrbergbau.

Essen, 16. April.

Wie wir vom Bergbauindustrieverband erfahren, hat dieser im Auftrage der beteiligten Bergarbeitervereinigungen am Montag in einem Schreiben an den zuständigen Schlichter für Westfalen um die Einstellung von Schlichtungsverhandlungen über die Tarifstreitfragen im Ruhrbergbau ersucht. In dem Schreiben ist dem Schlichter das Scheitern der Tarifverhandlungen vom Sonnabend der vergangenen Woche mitgeteilt worden, ferner wurden darin die Forderungen der Parteien ausgeführt. Der Schlichter für Westfalen, der sich zurzeit in Berlin befindet, hat bis heute noch keinen Termin für die Schlichtungsverhandlungen bekanntgeben können. Die Entscheidung wird aber in diesen Tagen erfolgen und voraussichtlich werden die Schlichtungsverhandlungen, also keine Parteibesprechungen, wie in verschiedenen Redaktionen in den letzten Tagen ausgeführt, am Montag, in Dortmund stattfinden.

## Verbindlicher Schiedspruch im Braugewerbe Drei Mark Lohnerhöhung.

Da trotz mehrmaliger Verhandlungen mit der Tarifgemeinschaft Berliner Brauereien über den Reibabschluß des Manteltarifvertrages und des Lohnabkommens keine Verständigung erzielt werden konnte, wurde der Tarifstreik einem freien Schiedsgericht überwiehen, das gestern unter dem Vorsitz des Gewerberats Rörner zusammengetreten war. Obwohl auch hier mehrere Stunden verhandelt wurde, konnte wiederum keine Einigung herbeigeführt werden. Gewerberat Rörner schlug daher den Parteien vor, sich einem von ihm zu fällenden Schiedspruch zu unterwerfen. Diesem Vorschlag stimmten beide Parteien zu. Daraufhin wurde ein verbindlicher Schiedspruch gefällt, der im wesentlichen folgendes besagt:

Die Löhne aller männlichen Brauereiarbeiter werden ab 28. Fe-

bruar dieses Jahres um 2 Mark pro Woche und ab 1. August um eine weitere Mark erhöht. Das Lohnabkommen gilt bis zum 30. September 1930 und verlängert sich jeweils um 6 Monate, wenn es nicht einen Monat vor seinem Ablauf gekündigt wird.

Auch über einige Streitfragen aus dem Manteltarifvertrag, über die in den freien Verhandlungen keine Einigung zustande gekommen war, wurde von Gewerberat Rörner bindend entschieden. So wurde z. B. festgelegt, daß die Jugendlichen bereits vom 20. Lebensjahr anstatt wie bisher vom 21. Lebensjahr den vollen Lohn des Arbeiters ihrer betreffenden Lohngruppe erhalten. Der Manteltarif läuft vom 1. April d. J. bis zum 31. März 1932 und verlängert sich jeweils um ein Jahr, wenn er nicht drei Monate vor seinem Ablauf gekündigt wird. Durch diese Entscheidung des Gewerberats Rörner ist die Tarifbewegung im Berliner Brauereigewerbe beendet.

## Protest der Arbeitsnachweisangestellten Gegen die beabsichtigte Arbeitszeitverlängerung.

Der Zentralverband der Angestellten hatte zu Montag abend nach den Sophienböden eine Versammlung der Angestellten der Berliner Arbeitsämter einberufen, um gegen die beabsichtigte Verlängerung der täglichen Arbeitszeit um eine halbe Stunde zu protestieren. Etwa 1500 Angestellte waren dem Rufe der Organisation gefolgt und bewiesen so schon durch ihren Besuch, daß sie sich nicht stillschweigend durch eine Verfügung vom grünen Tisch her ihre Arbeitsbedingungen verschlechtern lassen wollen.

Genosse Zeig vom JdV zeigte in einem längeren Referat, wie die Reichsanstalt schon wiederholt versucht hat, entgegen ihren vor der Eingliederung der Arbeitsämter in die Reichsanstalt gemachten Versprechungen die bisherigen Rechte der Angestellten zu schmälern, was ihr jedoch infolge des Widerstandes der Organisation nicht gelungen ist.

An einer Zeit, wo die Arbeitsnachweisangestellten bis aufs äußerste angestrengt arbeiten müssen, soll nach dem Wunsch der Reichsanstalt die tägliche Arbeitszeit um eine halbe Stunde verlängert werden. Da aber die Vorstände der Arbeitsämter ohne die Zustimmung der gesetzlichen Vertretung der Angestellten die Arbeitszeit nicht eigenmächtig abändern können, sei es Pflicht der Angestelltenräte, zur Verlängerung der Arbeitszeit nicht ihre Hand zu bieten. Genosse Zeig sprach die Erwartung aus, daß es durch Verhandlungen mit den zuständigen Stellen gelingen werde, den Anschlag auf die Arbeitszeit abzulehnen, so daß die Organisation nicht zu gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen greifen braucht.

Die von einem einheitlichen Willen belebte Versammlung nahm nach einer kurzen Debatte, in der in sachlicher, aber äußerst scharfer Form das Borgehen der Reichsanstalt kritisiert wurde, einstimmig folgende Entschliessung an:

„Die von etwa 1500 Angestellten der Berliner Arbeitsämter besuchte Versammlung am 15. April in den Sophienböden beauftragt den Zentralverband der Angestellten als die zuständige Organisation der Arbeitsnachweisangestellten, alle Angriffe der Reichsanstalt gegen die nach § 228 ABWB gewährleisteten Rechte mit allen gewerkschaftlichen Mitteln abzuwehren. Die Angestellten der Berliner Arbeitsämter sind bereit, ihre ganze Kraft einzusetzen, um die beabsichtigten Kürzungen der Rechte der Angestellten zurückzuweisen. Insbesondere verlangt die Versammlung die Beibehaltung der täglichen achttündigen Arbeitszeit und des freien Sonnabendnachmittags.“

Ebenfalls einstimmig wurde von der Versammlung beschlossen, den 1. Mai durch vollständige Arbeitsruhe zu feiern und sich an den Kundgebungen der Organisation zu beteiligen.

## Streik im Hamburger Petroleumhafen.

Nachdem wochenlange Löhnerhandlungen bei verschiedenen Petroleumfirmen im neuen Petroleumhafen gescheitert sind und der alte Löhntarif nunmehr abgelaufen ist, sind die Belegschaften sämtlicher Betriebe am Dienstag in den Streik getreten. Es kommen etwa rund 500 Arbeiter in Frage.

## Freie Gewerkschafts-Jugend Groß-Berlin

Deuts. Mittwoch, 19½ Uhr. Tages der Gruppen: Kaufmannsvereine: Jugendheim, Jugendheim, Friedrichstr. 18, Unterhaltungsabend. — Bauvereine: Gruppenheim, Jugendheim, Schönebergstr. 24-25, Treffpunktabend. — Selbstver. Gruppenheim, Weißensee, Poststr. 26, Vortrag: „Wirtschaftsdemokratie und Gewerkschaften“. — Eichen, Schöneberg: Gruppenheim, Süd, Jugendheim, Friedrichstr. 11, Vortrag: „Der Kampf der Gewerkschaften für verbessernde Unfallversicherung und gegen Berufsverbote“. — Reutlingen: Das Jugendheim, Treptower Str. 26.

## Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Deuts. Mittwoch, folgende Veranstaltungen: Gesundheitswesen: Jugendheim, Süd, Friedrichstr. 18, Unterhaltungsabend. — Die Spielkassen: Referent: Georg Seidmann. — Oden: Jugendheim, Eiserer Str. 18, „Dreißig Jahre Luft“. — Ostsee: Jugendheim der Schule, Köpenicker Str. 18, Vortrag: „Wagner und Wagner's andere Zeit“. Referent: Wilhelm Reinhold. — Reutlingen: Jugendheim, Süd, Friedrichstr. 11-14, Arbeitsabend. — Süd: Jugendheim, Wannsee, 128, Vortrag: „Jugend und Arbeit“. Referent: Fritz Weigert. — Spandau: Jugendheim, Lindenauer 1, Ausprobieren über die Beschäftigung der Theater des „Kaltblut“ Spandau. — Potsdam: Jugendherberge, Kottbus, Preilstraße, Vortrag: „Wandern im Frühling“, Referent: Werner Debet.

Beantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: G. Minneke; Gewerkschaftsbewegung: J. Ottner; Arbeiter: R. P. Böcker; Lokales und Sonstiges: Fritz Röhrl; Ausgaben: 14. Oktober, 1930, in Berlin: Verlag: Hermanns-Verlag G. m. b. H. Berlin, Druck: Hermanns-Verlag G. m. b. H. Berlin, Postfach 100, Berlin, 200, Lindenstraße 2, 1. und 2. Auflage und „Unterhaltung und Wissen“.



Kaufen Sie das Doppelpaket-Sie sparen!  
**LUX**  
SEIFENFLOCKEN  
SUNLICHT GESELLSCHAFT A.G. MANNHEIM